

3 Die Struktur rechtspopulistischer Weltbilder

Nach der Darstellung und Kritik der sozialwissenschaftlichen Debatte über den Rechtspopulismus möchte ich in diesem Kapitel den Kern des rechtspopulistischen Weltbildes rekonstruieren, um auf dieser Grundlage im vierten Kapitel einen eigenen Erklärungsansatz zu entwickeln. Der Kern des rechtspopulistischen Weltbildes lässt sich in zwei Segmente unterteilen: den Diskurs über die Fremden (3.1) und den Diskurs über die Elite (3.2). Für beide Diskurse sollen die wichtigsten Themen, Motive, Stereotype und Deutungsmuster herausgearbeitet werden. Mit beiden Fremd- bzw. Feindbildern sind zudem bestimmte Selbstbilder verknüpft, die ebenfalls analysiert werden sollen.¹

Die Rekonstruktion stützt sich primär auf die vorhandene Forschungsliteratur, zur Illustration und Analyse wesentlicher Aspekte werde ich aber auch auf Diskursmaterial zurückgreifen. Aus pragmatischen Gründen verwende ich größtenteils Material aus dem deutsch- und englischsprachigen Raum. Da es mir um eine Erklärung des Gesamtphänomens geht, werde ich allerdings nur Elemente behandeln, von denen ich mit guten Gründen annehme, dass sie für den Rechtspopulismus insgesamt charakteristisch sind. Selbstverständlich weisen die Zuschreibungen an die Fremden, die Elite und das Eigene je nach Land und Strömung Unterschiede auf, ich gehe jedoch davon aus, dass

1 Meine Unterteilung des rechtspopulistischen Diskurses orientiert sich an der in den gängigen Rechtspopulismusdefinitionen enthaltenen Trias von Eigenem (Volk), Elite und Fremden.

es sich dabei um *Variationen eines allgemeinen Grundmusters* handelt. Ob und inwieweit diese Einschätzung im Einzelnen zutreffend ist, bleibt einer empirischen Überprüfung vorbehalten.

3.1 Die Fremden und der Niedergang des Eigenen

3.1.1 Rassismus (de-)thematisieren

Die Fremden tauchen im gegenwärtigen rechtspopulistischen Diskurs vor allem in drei Gestalten auf. Die *erste Gestalt* sind Migrant*innen, die als eine Bedrohung für die Identität und Ordnung des Eigenen angesehen werden, wobei seit dem Sommer 2015 insbesondere die Fluchtmigration im Fokus steht. Verhandelt wird sie vor allem über das Thema der Grenzen: Eliten und liberale Milieus würden eine Welt der offenen Grenzen propagieren; demgegenüber wird die Kontrolle und der »Schutz« der Grenzen zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Als *zweite Gestalt* des Fremden gelten dem rechtspopulistischen Diskurs ethnisch-kulturelle Minderheiten wie die Schwarzen und Hispanics in den USA oder die afrikanisch- und arabischstämmigen Minderheiten in vielen europäischen Ländern. Eine *dritte Gestalt* des Fremden repräsentieren Muslim*innen und der Islam, der in der Linie von Samuel Huntingtons These eines »clash of civilisations« zu einem weltpolitischen Kontrahenten der westlichen Ordnung stilisiert wird. Islamische Regime und Terrororganisationen, die geopolitische Herrschaftsansprüche geltend machen und einen »heiligen Krieg« gegen die westliche Welt führen, stehen für eine Bedrohung von außen, während muslimische Minderheiten als eine Gefahr im Inneren betrachtet werden.

Vergleicht man die diskursive Konstruktion dieser drei Gestalten des Fremden, zeigt sich, dass es einerseits spezifische Zuschreibungen gibt, die sich nur auf eine Gruppe beziehen, dass sich andererseits jedoch – gerade wenn man von konkreten Einzelaussagen abstrahiert – große Übereinstimmungen feststellen lassen. Dabei ist zunächst zu beachten, dass zwischen den Gruppen, die mit diesen diskursiven Gestalten identifiziert werden, reale Schnittmengen existieren. Migrant*in-

nen werden als fremd markiert und als Minderheit wahrgenommen; umgekehrt sind viele der Gruppen, die als Minderheiten gelten, aus Migrationsprozessen hervorgegangen. Ein Teil der Migrant*innen und Minderheiten ist muslimisch. Dass diesen Gruppen im rechtspopulistischen Diskurs ähnliche Merkmale zugeschrieben werden, lässt sich jedoch nicht einfach aus den realen Überschneidungen erklären. Denn bei den Zuschreibungen handelt es sich um Stereotype, die entweder gar keinen Bezug zur Realität aufweisen oder aber reale Sachverhalte stark verzerrt und selektiv wiedergeben. Ich werde im Folgenden argumentieren, dass sich die drei diskursiven Gestalten des Fremden deshalb ähneln, weil ihnen dieselbe Konstruktionslogik zugrunde liegt. Es handelt sich um die Logik des *Rassismus*.

Der Rassismusbegriff spielt in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Debatte um den Rechtspopulismus bisher nur eine marginale Rolle. Dass sich der Großteil der Beiträge vor allem für die ›populistische Dimension‹ des Rechtspopulismus – den Gegensatz von Volk und Elite – und kaum für den Diskurs über die Fremden interessiert, hatte ich im ersten Teil bereits herausgearbeitet. Wenn er thematisiert wird, werden Begriffe wie *Migrationsfeindlichkeit*, *Fremdenfeindlichkeit*, *Islamfeindlichkeit* oder *Islamophobie* bevorzugt. Einige Autor*innen übernehmen sogar das rechtspopulistische Vokabular und sprechen von »Islam- und Migrationskritik« (Koppetsch 2019: 137). Dabei werden diese Begriffe zumeist nur deskriptiv oder kennzeichnend verwendet. Eine Reflexion darüber, welche Begrifflichkeit angemessen ist und welche Implikationen jeweils mittransportiert werden, findet in der Regel ebenso wenig statt, wie eine weitergehende theoretische Auseinandersetzung mit dem Phänomen. Die rechtspopulistische Ablehnung der Fremden scheint für den Großteil der Populismusforschung eine Banalität zu sein, über die nachzudenken weder notwendig noch lohnend ist. Oftmals geht die Entscheidung für einen der oben genannten Begriffe mit einer selektiven Wahrnehmung einher. So wird etwa nur der gegen Migration oder der gegen den Islam gerichtete Teil des Diskurses thematisiert, wobei die Autor*innen jeweils die Gestalt des Fremden herausgreifen, die zum eigenen Erklärungsmodell passt. Manow (2018) etwa definiert den Rechtspopulismus

über die Ablehnung von Migration, die er, wie wir gesehen haben, rein ökonomisch zu erklären versucht. Dass sich der Rechtspopulismus auch gegen den Islam und muslimische Minderheiten richtet und dabei nicht primär ökonomisch, sondern kulturell argumentiert, bleibt hier außer Betracht. Umgekehrt verweisen Erklärungen, die vor allem auf die kulturelle Fremdheit von Migrant*innen abstellen, oftmals auf den Islam, ohne zu thematisieren, dass die Ablehnung der Rechtspopulist*innen auch Menschen trifft, die weder Migrant*innen noch muslimisch sind, sondern denen allein aufgrund äußerer Merkmale zugeschrieben wird, fremd zu sein.

Auch die wenigen Autor*innen, die den rechten Diskurs über die Fremden dezidiert als Rassismus bezeichnen, verwenden den Begriff häufig nur deskriptiv. So wird etwa – mit Hinweis auf die Überlegungen von Taguieff (2016) und Balibar (1992) – darauf verwiesen, dass der gegenwärtige Rassismus nicht biologisch, sondern kulturell argumentiert. Seine Grundausrichtung sei zudem differentialistisch oder *ethnopluralistisch*: es würden keine Eroberungs- und Herrschaftsansprüche mehr erhoben und oftmals werde auch auf eine offensive Abwertung der Fremden verzichtet. Jedem Volk wird seine eigene Kultur und Identität zugestanden, die es auf seinem angestammten Territorium ausleben solle; abgelehnt werde lediglich eine Vermischung der Kulturen. Eine über solche Beschreibungen hinausgehende theoretische Auseinandersetzung mit Rassismus findet kaum statt. Grundlegende Fragen, was Rassismus überhaupt ist, welche historischen Ursprünge und gesellschaftlichen Ursachen, Funktionen und Auswirkungen er hat, wie sich der vermeintlich neue, kulturelle Rassismus zum alten biologischen verhält, welche Rolle der Rassismus innerhalb des Rechtspopulismus spielt und in welchem Verhältnis er zu anderen rechtspopulistischen Topoi steht, werden in der deutschsprachigen Populismusdebatte kaum gestellt. Die prominenteren Stimmen, die darauf verweisen, dass Rassismus nicht nur eine empirische Tatsache ist, die sich im rechtspopulistischen Diskurs finden lässt, sondern eine *wesentliche Rolle* bei der *Erklärung* des gegenwärtigen Rechtspopulismus spielen könnte, lassen sich an einer Hand abzählen (Biskamp 2019; Dowling/Dyk/Graefe 2017;

Honneth 2017). Eine rassismustheoretische Analyse findet sich jedoch auch bei ihnen nicht.

Ich werde in diesem Kapitel zeigen, dass der Rassismus im Zentrum des rechtspopulistischen Weltbildes steht und eine rassismustheoretische Analyse für das Verständnis daher unabdingbar ist. Um zu einem Begriff von Rassismus zu gelangen, wähle ich den Weg einer negativen Annäherung. Ich beginne mit einigen Überlegungen zu den gesellschaftlichen Gründen, die zur Dethematisierung des Rassismus – insbesondere seiner zeitgenössischen Erscheinungsformen – beitragen, und zeige anschließend, in welchen Formen sich diese Tendenz in den Sozialwissenschaften niederschlägt. Aus der Kritik inadäquater sozialwissenschaftlicher Beschreibungsweisen sollen erste Grundbestimmungen des modernen Rassismus entwickelt werden.

Rassistische Herrschaft, rassistische Ausbeutung und rassistische Gewalt haben maßgeblich zur Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft beigetragen und durchziehen ihre gesamte Geschichte. »Vom 18. Jahrhundert bis Mitte des 20. Jahrhunderts gab es [...] kaum jemanden, der an der Existenz verschiedener Menschenrassen gezweifelt hätte.« (Geulen 2017: 14) Das ändert sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die Erfahrung des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges und der Shoa, aber auch die Erfolge der anti-kolonialen Bewegungen führen dazu, dass die Menschenfeindlichkeit und Destruktivität des Rassismus anerkannt werden. Sowohl der wissenschaftliche und weltanschauliche Rassismus als auch der Alltagsrassismus werden öffentlich delegitimiert (Kerner 2009: 105-113; Müller-Uri 2014: 57f.). Die liberal-demokratischen Gesellschaften etablieren ein antirassistisches Selbstverständnis, indem sie den Rassismus, der den bürgerlichen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit aller Menschen zu widersprechen scheint (Maihofer 2001), in einer dunklen, im Großen und Ganzen überwundenen Vergangenheit verorten. In der Gegenwart trete er allenfalls als individuelle Pathologie oder bei rechtsextremen Randgruppen auf. Dagegen setzt man auf Gesetze, die eine Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Hautfarbe verbieten, und auf staatliche und zivilgesellschaftliche Pädagogik, die dem »Extremismus« und der Entstehung von Vorurteilen vorbeugen soll.

Rassismus gehört jedoch nicht der Vergangenheit an, sondern besteht fort. Wie im vierten Kapitel zu zeigen sein wird, liegt der Grund dafür in den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft und der von ihr hervorgebrachten Subjektivität, für die Rassismus ein Muster der Weltdeutung und Konfliktverarbeitung darstellt. Der Widerspruch zwischen dem offiziellen antirassistischen Selbstverständnis liberal-demokratischer Gesellschaften und der Persistenz des Rassismus erzeugt eine starke Tendenz zur Verleugnung, die dazu führt, dass seine aktuellen Erscheinungsformen entweder gar nicht oder aber nicht als Rassismus wahrgenommen werden. Ein zentraler diskursiver Mechanismus, der zur Aufrechterhaltung eines antirassistischen Selbstbildes beiträgt, besteht darin, ein sehr enges Verständnis von Rassismus zu pflegen, das diesen mit seinen explizitesten Äußerungen oder mit seinen historisch vergangenen Ausprägungen identifiziert. In weiten Teilen der US-amerikanischen Öffentlichkeit herrscht etwa das Verständnis vor, dass Rassist*innen daran zu erkennen seien, dass sie dem Ku-Klux-Klan anhängen und Kreuze anzünden (Bobo 2017: 87). In Deutschland wiederum besteht die Neigung, Rassismus mit der NS-Rassenbiologie gleichzusetzen und als ein Phänomen zu betrachten, das heute nur noch bei Neonazis anzutreffen ist (Messerschmidt 2010; Müller-Uri 2014: 57, 61).

In den Sozialwissenschaften äußert sich die Tendenz zur Dethematisierung des Rassismus zum einen in der Verwendung von Begriffen wie Fremdenfeindlichkeit, Migrationskritik oder Islamophobie; zum anderen in der Konzeptualisierung des Rassismus als Vorurteil und seiner falschen Identifikation mit biologischen und naturalisierenden Diskursen. Rassismus wird dadurch individualisiert, psychologisiert oder gar pathologisiert, während seine gesellschaftlichen Voraussetzungen und Effekte weitgehend ausgeblendet werden. Im Folgenden werde ich zunächst einige der »wohlklingende[n] Ersatzbegriffe« (Marz 2020: S 54) problematisieren, die auch in der aktuellen Rechtspopulismus-Debatte häufig auftauchen. Anschließend werde ich das individualisierende und enge Rassismusverständnis einer Kritik unterziehen.

Viele Autor*innen charakterisieren die rechtspopulistische Ablehnung der Fremden als *Migrationsfeindlichkeit* oder *Migrationskritik*, wobei der zweite Ausdruck schlicht die rechtspopulistische Diktion reproduziert. Der Fokus auf Migration ist jedoch irreführend, insofern er ausblendet, dass im rechtspopulistischen Diskurs auch ethnische und religiöse Minderheiten als Fremde gelten. Davon abgesehen liefern diese Begriffe zunächst einmal keinen Hinweis darauf, aus welchen Gründen Migration abgelehnt wird, und sind daher mit allen drei Erklärungstypen kompatibel. Für ökonomische Ansätze resultiert die Ablehnung von Migrant*innen aus einer Konkurrenzsituation. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es hier eine Erklärungslücke gibt. Auch die »Einheimischen« stehen untereinander in Konkurrenz, trotzdem würde niemand auf die Idee kommen, bestimmte Gruppen, die dem Eigenen zugerechnet werden (etwa die Bayern oder die Gruppe der Rothaari- gen), zu illegitimen Konkurrent*innen im ökonomischen Wettbewerb zu erklären. Die Behauptung einer illegitimen Konkurrenz setzt also erstens eine Unterscheidung von Eigenem und Fremdem voraus. Zweitens müssen den Fremden bestimmte Eigenschaften wie Leistungsunwilligkeit zugeschrieben werden, um zu begründen, warum sie nicht teilhaben oder konkurrieren *sollen*. Hinter der Ablehnung von Migration steht also, auch wo sie ökonomisch argumentiert, letztendlich immer eine »kulturell« begründete Unterscheidung von Gruppen, die auch als solche artikuliert wird. »Kultur« und »Identität« sind nicht umsonst zentrale Schlagworte des rechtspopulistischen Diskurses.

An diese kulturelle Argumentation knüpfen die Begriffe *Fremdenfeindlichkeit*, *Fremdenangst* oder *Xenophobie* an. Lange Zeit wurde in der deutschen Debatte auch von *Ausländerfeindlichkeit* gesprochen, um die Ablehnung und Ausgrenzung von sogenannten »Gastarbeitern« zu beschreiben. Als sich abzeichnete, dass diese Migrant*innen dauerhaft in Deutschland bleiben werden, setzte sich zunehmend der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* durch, um zu erklären, warum nicht nur Ausländer*innen angefeindet werden, sondern auch Menschen, die deutsche Staatsbürger*innen (geworden) sind (vgl. Müller-Uri 2014: 17-37, 59f.). Begriffe wie *Fremdenfeindlichkeit* verorten das Problem in der *Fremdheit* der Fremden, wobei diese Bestimmung so abstrakt ist, dass sie

sowohl die Ablehnung von Migrant*innen als auch die Ablehnung kultureller oder religiöser Minderheiten zu erklären verspricht. Die auf Fremdheit abstellenden Begriffe enthalten mehrere Implikationen: erstens setzen sie voraus, dass die Mitglieder der Eigen- wie der Fremdgruppe wesentliche kulturelle und soziale Merkmale teilen, dadurch untereinander vertraut sind und eine relativ homogene Einheit bilden. Zweitens unterstellen sie, dass sich die wesentlichen Merkmale der Fremdgruppe von denen der Eigengruppe unterscheiden, die Fremden also *tatsächlich* fremd sind. Drittens wird die feindliche Einstellung oder Angst der Eigengruppe als eine *Reaktion* auf die reale Fremdheit der Fremden verstanden. Diese Reaktion wird dann etwa über eine anthropologisch verankerte Furcht vor dem Unbekannten erklärt² oder sie wird als Ausdruck von Vorurteilen verstanden. Fremdenangst gilt dann als ein Phänomen, dem man pädagogisch oder therapeutisch entgegenwirken kann, indem man durch Bildung über die Fremden aufklärt oder Gelegenheiten zum Kulturaustausch und Kennenlernen organisiert – kurz: die Fremdheit der Fremden aufhebt.

Alle diese Annahmen sind problematisch. Die Neigung, Gruppen als gegebene Einheiten zu behandeln, ist nicht nur im Alltagsbewusstsein, sondern auch in weiten Teilen der Sozialwissenschaften sehr verbreitet, obwohl sie immer wieder mit konstruktivistischen Argumenten kritisiert wurde. Rogers Brubaker etwa spricht von *groupism* und versteht darunter »the tendency to take discrete, sharply differentiated, internally homogeneous and externally bounded groups as basic constituents of social life, chief protagonists of social conflicts, and fundamental units of social analysis« (Brubaker 2002: 164). Dadurch entstehe eine Vorstellung des Sozialen »as a multichrome mosaic of monochrome ethnic, racial or cultural blocs.« (ebd.: 164) Gruppen seien jedoch

2 Solche Anthropologisierungen finden sich auch bei bekannten Rassismusforscher*innen wie Albert Memmi (1992: 31). Auch wenn es nicht per se abwegig ist, eine anthropologische Angst vor dem Fremden und Unbekannten anzunehmen, ist diese Erklärung für den Rassismus als historisch-spezifisches Deutungsmuster und Herrschaftsverhältnis viel zu allgemein.

nichts Gegebenes, vielmehr seien die Deutungen, die auf Gruppenkategorien basieren, und die Prozesse der Gruppenbildung selbst erklärungsbedürftig. »[W]e should not uncritically adopt *categories of ethnopolitical practice* as our *categories of social analysis*.« (ebd.: 166) Insbesondere in der bürgerlichen Gesellschaft, die Individuen als Subjekte, also als Freie und Gleiche vergesellschaftet und immer nur partiell in Institutionen und Handlungsfelder integriert, entstehen Gruppen nicht naturwüchsig, sondern müssen über Vergemeinschaftungsdiskurse und -praktiken hergestellt und aufrechterhalten werden. Die Ablehnung der Fremden auf Vorurteile und die anthropologische Angst vor dem Unbekannten zurückzuführen, individualisiert und enthistorisiert das Phänomen. Es kann dann nicht mehr gesehen werden, dass Rassismus eine diskursive Praxis darstellt, die vor dem Hintergrund einer spezifischen historisch-gesellschaftlichen Konstellation verstanden werden muss.

Eine dritte Kategorie bilden die Begriffe, die die Ablehnung der Fremden auf die Ablehnung der islamischen Kultur und Religion zurückführen. Neben dem Ausdruck *Islamkritik*, der von rechtspopulistischen Akteur*innen auch zur Markierung der eigenen Position verwendet wird, sind in der Forschung vor allem die Begriffe *Islamfeindlichkeit* und *Islamophobie* verbreitet (Müller-Uri 2014: 99f.). Hier ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten wie bei den Konzepten der Fremdenfeindlichkeit. Es besteht die Tendenz, das Phänomen zu individualisieren und die Verdinglichung, die den Gegenstand auszeichnet, in der analytischen Begrifflichkeit zu reproduzieren. Der Islam wird als eine geschlossene kulturelle Einheit vorausgesetzt und die kritische oder feindselige Einstellung als eine individuelle Reaktion verstanden. Problematisch ist weiterhin die Annahme, die Abneigung oder Kritik würde sich auf den Islam als religiöses, kulturelles oder politisches Phänomen beziehen und nicht auf Musliminnen und Muslime als Individuen – ein Argument, das Rechtspopulist*innen selbst häufig zu ihrer Verteidigung vorbringen. In der Regel beschränken sich rechte Argumentationen gegen den Islam jedoch nicht darauf, kulturelle Institutionen oder religiöse Vorstellungen zu kritisieren. Charakteristisch ist vielmehr, dass von den tatsächlichen oder vermeintlichen Merkmalen der islamischen Kultur unmittelbar auf die Eigenschaf-

ten derjenigen geschlossen wird, die der Gruppe der Muslim*innen zugerechnet werden oder dass umgekehrt alle Handlungen von Angehörigen dieser Gruppe monokausal aus der kulturellen Prägung durch den Islam erklärt wird (Shooman 2014: 54-74). Ob die jeweils adressierte Person oder Gruppe sich tatsächlich auf eine religiöse Identität und religiöse Motive bezieht, spielt im Zweifelsfall keine Rolle (vgl. etwa Love 2017: 1-14).

Neben den Ersatzbegriffen sind es vor allem individualisierende und enge Rassismusdefinitionen, die dazu beitragen, dass die Verbreitung und gesellschaftliche Verankerung des Rassismus falsch eingeschätzt werden. Insbesondere in der empirischen Sozialforschung wird Rassismus, analog zu den Begriffen der Islam- und Fremdenfeindlichkeit, zumeist als Vorurteil, also als eine subjektive Einstellung oder Disposition konzeptualisiert (Allport 1971; Benz 2020; dazu kritisch Müller-Uri 2014: 57-61). Das muss nicht bedeuten, dass soziale Ursachen und Effekte des Rassismus nicht thematisiert werden. Durch den methodologischen Individualismus, der insbesondere der quantitativ orientierten Sozialforschung eingeschrieben ist, erscheinen die rassistischen Einstellungen und ihre Ursachen und Effekte jedoch als isolierte Variablen, die durch Kausalrelationen äußerlich miteinander verbunden sind. Rechtspopulismus und Rassismus gelten in dieser Perspektive zunächst einmal als voneinander unabhängige Phänomene. Rassismus gilt als eine mögliche erklärende Variable, die neben anderen Variablen wie ökonomischer Deprivation, kultureller Entfremdung, politischer Unzufriedenheit steht und deren relativen kausalen Einfluss auf den Rechtspopulismus es zu ermitteln gilt.³ Diese Perspektive ist unfähig, den inneren Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen und rassistischen Weltbildern, Identitäten und Praktiken zu thematisieren. Wer den Rassismus vom Rechtspopulismus trennt und als isolierte erklärende Variable behandelt, die neben ökonomischen, politischen und kulturellen Faktoren und Motiven steht, schließt von vorn-

3 Da Rassismus oftmals mit Irrationalität assoziiert wird, polit-ökonomische Motive hingegen als rational gelten, wird häufig ein Gegensatz zwischen beiden Erklärungsfaktoren aufgemacht, vgl. dazu kritisch Biskamp 2019.

herein aus, dass diese Faktoren selbst mit einer rassistischen Logik verknüpft sein könnten und begibt sich der Möglichkeit, den Rechtspopulismus als inhärent rassistisch zu begreifen. Dass die ökonomischen und kulturellen Gründe, die gegen Migration vorgebracht werden, in eine rassistische Logik eingebettet sind, kann dann ebenso wenig in Betracht gezogen werden wie der Gedanke, dass in der Anrufung des Volkes kein basisdemokratischer Impuls, sondern die Homogenitätsfantasie der Selbststrassifizierung zum Ausdruck kommt.

Eine zweite problematische Tendenz besteht darin, Rassismus mit biologisch-naturwissenschaftlich argumentierenden Diskursen zu identifizieren und als biologischen Determinismus aufzufassen. Bei den Vertreter*innen des Konzepts der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit heißt es etwa, Rassismus sei eine »Abwertung von Gruppen und Personen, die nach biologischen oder quasi-natürlichen Merkmalen als minderwertig definiert sind.« (Zick/Küpper/Hövermann 2011: 45) Armin Pfahl-Traughber versteht unter Rassismus »biologistische Auffassungen, die erstens aus angeblichen ethnischen Besonderheiten von Menschengruppen eine ›Rasse‹ ableiten und zweitens die dann dieser Rasse zugeordneten Menschen diskriminieren und abwerten.« (Pfahl-Traughber 2019: o.S.)⁴ Die in der kritischen Rassismusforschung gängige These eines kulturalistischen Neo-Rassismus stelle eine »bedenkliche inhaltliche Ausweitung des Rassismus-Verständnisses« dar, bei der »die historischen Besonderheiten des eigentlich Gemeinten verloren« gehen (ebd.: o.S.). Die Annahme, der »alte« Rassismus sei ein biologischer Determinismus, die sowohl dem engen Rassismusverständnis als auch der These eines kulturellen Neo-Rassismus zugrunde liegt, ist jedoch falsch. Zwar steht

4 Dass das Kriterium der Naturalisierung/Biologisierung auch das allgemeine Verständnis von Rassismus prägt, lässt sich an der Debatte um Thilo Sarrazins Bestseller *Deutschland schafft sich ab* veranschaulichen: die Passagen, in denen Sarrazin mit Erbgut argumentiert, wurden als rassistisch kritisiert. Da wo er die kulturell bedingte Unproduktivität und fehlende Integrationsbereitschaft der muslimischen Minderheit anprangerte, erhielt er breite Zustimmung bis hinein ins linke Lager.

tatsächlich eine Vorstellung von Natur im Zentrum des modernen Rassismus, diese ist jedoch nicht mit dem kausalistischen Naturbegriff der Naturwissenschaften gleichzusetzen.⁵ Es ist keineswegs so, dass die geistigen und kulturellen Eigenschaften von Rassen aus einer unveränderlichen Natur abgeleitet werden; vielmehr wird ein *Verhältnis des Geistes zur Natur* beschrieben, also ein historisches Verhältnis (Geulen 2017: 48, 61). Die Überlegenheit des Eigenen wird im liberalen Rassismus des 18. bis frühen 19. Jahrhunderts durch eine Qualität des Geistes erklärt, die sich in einer historischen Entwicklung ausdrückt. Diese Qualität besteht in der Fähigkeit, sich von der Natur zu distanzieren. Subjekt ist, wer sich innere und äußere Natur als Objekt entgegensetzen und auf diese Weise erkennen und beherrschen kann. Für den Rassismus besteht die Unterlegenheit der Fremden in einem Mangel an Subjektivität. Die rassistische Behauptung, die Fremden seien durch Natur bestimmt, bedeutet, dass sie ihrem Wesen nach unfähig sein sollen, ihre innere und äußere Natur zu beherrschen und so Zivilisation und Fortschritt zu erreichen. Die körperlichen Merkmale (Hautfarbe, Körperform usw.) der Fremden sind nicht die *Ursache* für den Mangel an Subjektivität, sondern ihr *Ausdruck*. Dasselbe gilt für ihre kulturellen Merkmale. Sowohl Körper als auch Kultur der Fremden sind Ausdruck einer mangelnden geistigen Qualität. So gesehen ist der

5 Im Gegensatz zu Forscher*innen, die im Rassismus ein transhistorisches Phänomen sehen, schließe ich mich der Auffassung an, dass der Begriff für Phänomene der modernen Gesellschaft reserviert werden sollte. Da sich der Rassismus, wie die meisten sozial-historischen Phänomene, über einen längeren Zeitraum herausbildet, ist es schwierig, einen genauen Entstehungszeitpunkt anzugeben. Erst über die theoretische Reflexion wesentlicher Merkmale kann zwischen dem eigentlichen Phänomen und seinen Vorformen unterschieden werden. Viele der Stereotype, die den Rassismus bis heute prägen, entstehen in der Phase der kolonialen Expansion ab dem späten 15. Jahrhundert. Auch das Wort »Rasse« ist bereits im 16. und 17. Jahrhundert gebräuchlich. Mit Geulen (2017: 37f., 48-61) gehe ich jedoch davon aus, dass erst ab dem 18. Jahrhundert von Rassismus im modernen Sinne gesprochen werden kann, weil sich erst hier die für die bürgerliche Gesellschaft wesentliche Unterscheidung von Kultur und Natur, Subjekt und Objekt herausbildet, die im Zentrum des Rassismus steht.

Rassismus kein Naturalismus, sondern argumentiert *idealistisch*.⁶ Die Nähe zur Natur, die den Fremden zugeschrieben wird, erklärt sich aus einem Mangel an Geist.

Der moderne Rassismus unterliegt jedoch einer historischen Dynamik (Monday 2013). Im Verlauf des 19. Jahrhunderts transformiert sich der liberale Rassismus in einen völkischen Rassismus, der sich vor allem durch zwei Züge charakterisieren lässt. Zum einen kommt es zu einer fortschreitenden Verwissenschaftlichung des Rassismus durch Disziplinen wie die Biologie, Genetik und Ethnologie. Zum anderen entwickelt sich der Rassismus zunehmend zu einem biopolitischen Programm, das auf die eigene Gesellschaft angewandt wird (Foucault 1999; Geulen 2004; Weingart/Kroll/Bayertz 2017). Nicht mehr nur die Fremden, sondern auch das Eigene wird nun in Kategorien der Natur gedacht und behandelt. JustIn Monday (2013) erklärt diesen Prozess der

6 Auch Wulf D. Hund widerspricht einer Sichtweise, die »die naturalistische Schale des modernen Rassismus für dessen Inhalt nimmt« (Hund 2014: 23) und bestimmt das Natur-Kultur-Verhältnis im Rassismus folgendermaßen: »Von Anfang an kombinierte der Begriff des Rassismus natürliche und kulturelle Faktoren. Hinsichtlich ihres Legitimationszusammenhangs sind erstere als Grundlage letzterer gedacht – die angeblich verschiedene Natur der Rassen wird für ihr unterschiedliches Kulturniveau verantwortlich gemacht. Doch ist der Begründungszusammenhang dieser Argumentation tatsächlich genau umgekehrt aufgebaut – essentialistisch konzipierte kulturelle Differenzen sollen sich tendenziell in körperlichen Merkmalen ausdrücken. Deshalb tut es der rassistischen Argumentation auch keinen Abbruch, wenn sich die körperlichen Zeichen ihrer angeblich rassistischen Andersartigkeit an einzelnen oder ganzen Gruppen nicht nachweisen lassen. Die Geschichte des Rassismus belegt zur Genüge, dass dessen Beweisführung seine phänomenologische Glacis im Zweifelsfall ohne Zögern räumt und sich in die ontologische Bastion kulturalistischer Gewissheit zurückzieht.« (Hund 2007: 7) Hunds Unterscheidung von *Legitimations- und Begründungszusammenhang* ist jedoch irreführend, da sie suggeriert, dass es im Rassismus zwei gegensätzliche Kausalitätsbehauptungen oder Begründungsstrategien gibt. Doch im Rassismus geht es nicht um Kausalitäten oder Begründungen, sondern um Identität und Macht. Die Fremden *sollen* Natur sein, damit die Rassist*innen Subjekte sein können.

Selbstrassifizierung über die zunehmenden Krisentendenzen der kapitalistischen Ökonomie: in der Krise wird die eigene Gesellschaftlichkeit in mythologische Natur transformiert. Diese Überlegung soll im Folgenden auf den gegenwärtigen Rechtspopulismus übertragen werden. Der gegenwärtige Rechtspopulismus enthält, wie zu zeigen sein wird, Elemente des liberalen Rassismus (Rassifizierung der Fremden) und des völkischen Rassismus (Selbstrassifizierung). Genauer: in ihm vollzieht sich – unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen – der neuerliche Umschlag von liberalem Rassismus in völkische Selbstrassifizierung.

3.1.2 Liberaler Rassismus: Gesellschaft gegen Gemeinschaft

Wenn der Rechtspopulismus über die Fremden spricht, spricht er zugleich über das Eigene. Das Verhältnis von Selbst- und Fremdbild lässt sich folgendermaßen charakterisieren: das Eigene wird als *Gesellschaft* – also als Zusammenschluss autonomer *Subjekte* – beschreiben. Die Fremden hingegen werden als *Gemeinschaft*⁷ imaginiert: als eine Gruppe von Gleichartigen, die durch eine kollektive Substanz determiniert sind. In dieser Sichtweise beruht die Überlegenheit des Eigenen auf der Fähigkeit von Subjekten, durch freies Denken und Handeln Herrschaft über die innere und äußere Natur auszuüben und auf diese Weise gesellschaftliche Ordnung und geschichtlichen Fortschritt zu verbürgen. Die Unterlegenheit der Fremden resultiert hingegen aus einem Mangel an Subjektivität, der sie dazu verurteilt, Objekt von Herrschaft und Wissen zu sein. Die Vorformen dieses rassistischen Diskurses entstehen in der kolonialistischen Konstitutionsphase der bürgerlichen Gesellschaft, seine wesentliche Gestalt erhält er im liberalen Denken der Aufklärungsepoche. Das vom Rechtspopulismus gezeichnete Verhältnis von Eigenem und Fremden ist also zunächst als *liberaler Rassismus* zu charakterisieren.

7 Ich verwende *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* als Bezeichnungen für bestimmte Vorstellungen der Sozialen, vgl. Holz (2010).

Im rechtspopulistischen Weltbild werden die drei Gestalten des Fremden (Migrant*innen, Minderheiten, Muslim*innen bzw. »der Islam«) auf eine Weise mit Selbstbildern verbunden, die durchgängig der eben skizzierten Dichotomie von Subjekt und Objekt, Geist und Natur, Gesellschaft und Gemeinschaft entspricht. Darin zeigt sich, dass die Diskurse über Migration, Minderheiten und den Islam bei allen Unterschieden Ausdrucksformen von Rassismus sind. Die Grundüberzeugung, dass die Fremden ihrem Wesen nach keine bürgerlichen Subjekte sein können, wird an verschiedenen Dimensionen von Gesellschaft und Subjektivität durchbuchstabiert. Ich beschränke mich im Folgenden auf drei Themenfelder, die sowohl im historischen als auch im gegenwärtigen Rassismus eine herausragende Rolle spielen: Recht und Ordnung, Ökonomie sowie Sexualität und Geschlechterverhältnisse.

Im *ersten Themenfeld* geht es um die Frage, wie sich die Fremden zur *rechtlichen und politischen Ordnung* des Eigenen verhalten. Aufgrund innerer Veranlagung seien die Fremden unfähig, sich im Rahmen der bürgerlichen Rechtsordnung zu bewegen. Sie hätten eine starke Neigung zur Kriminalität und zu sonstigem »abweichenden Verhalten« und seien daher eine Gefahr für Ordnung und Sicherheit (vgl. etwa Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018: 85-96; Gupta/Virdee 2018: 1756). Auch die verbreitete Rede von der »illegalen Einwanderung« verweist nicht in erster Linie auf die Tatsache, dass der Grenzübergang für Geflüchtete aufgrund des äußerst restriktiven Asylrechts in der EU und den USA tatsächlich in den meisten Fällen illegal ist, sondern transportiert vor allem die Idee, dass es sich gar nicht um Menschen mit »echten« Fluchtgründen handelt, sondern um »Asylbetrüger«, die illegaler Weise ins Eigene eindringen, um den Sozialstaat auszunutzen oder kriminelle oder terroristische Aktivitäten zu entfalten. Im Wahlkampf von Donald Trump war ein zentrales Argument für den Bau einer Grenzmauer, dass Migrant*innen Drogen ins Land bringen. Damit wurde nicht nur Migration mit Drogenschmuggel gleichgesetzt, sondern die gesamte Drogen-Ökonomie als etwas beschrieben, das von »Außen« kommt und gegen das man das »Innen« schützen müsse – eine Sichtweise, die die gesamte inländische Nachfrage nach Drogen

und die entsprechende Infrastruktur ausblendet. Dieselbe Assoziation weckt das AfD Programm zur Bundestagswahl 2017, indem es das Kapitel zur *Inneren Sicherheit* mit einem Absatz zur »Ausländerkriminalität« beginnen lässt (AfD 2017: 31; vgl. auch Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018: 102f.). Nicht nur Geflüchteten und Migrant*innen, sondern auch ethnischen und religiösen Minderheiten werden kriminelle Motive und Handlungen unterstellt. In vielen osteuropäischen Ländern bringen Rechtspopulist*innen Kriminalität mit Sinti und Roma in Verbindung. In den USA stehen Schwarze und Hispanics pauschal unter Kriminalitätsverdacht.

Neben der unterstellten Kriminalitätsneigung äußert sich die Vorstellung einer fundamentalen Differenz zwischen Eigenem und Fremden vor allem in der Idee, die Fremden würden einem eigenen *archaischen Gesetz* gehorchen, das es ihnen unmöglich mache, nach den Regeln einer bürgerlich-säkularen Rechtsordnung zu leben. Laut AfD Wahlprogramm 2017 ist der Islam »Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten« (AfD 2017: 63). Im Gegensatz zum bürgerlichen Recht, das den zivilisierten Prinzipien des Ausgleichs und der Wiedergutmachung verpflichtet ist, wird das Gesetz der Fremden mit Gewalt und archaischen Wertvorstellungen wie Ehre und Rache assoziiert. So spricht etwa der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio (2018a: Minute 05:22) davon, dass es »Kulturen [gibt], wo Konflikte mit dem Messer ausgetragen werden.« Weil man fahrlässiger Weise Menschen aus solchen Kulturen ins Land gelassen habe, herrsche auf den Straßen nunmehr »das Recht des Stärkeren, das Recht der Messer.« (Curio 2018b: 5150) Immer wieder steht die Scharia im Mittelpunkt des Diskurses, wobei der Eindruck vermittelt wird, dass es sich dabei um einen feststehenden Kanon von Regeln handelt, der für alle Muslim*innen bindend sei. Die Scharia wird vor allem mit »barbarischen« Praktiken wie Zwangsehen, »Ehrenmorden«, Beschneidungen und der Schächtung von Tieren (Zúquete 2016: 113f.) identifiziert, die mit dem westlichen Menschenbild und der bürgerlichen Rechtsordnung unvereinbar seien. Man dürfe nicht zulassen, so Alexander Gauland, »dass sich das Blut und der Clan und die Religion wieder bei uns durchsetzen.« (Gauland 2018c: Minute 31:00)

Fremd sei den Fremden jedoch nicht nur die rechtliche, sondern die gesamte politische und gesellschaftliche Ordnung des Eigenen. So wird betont, dass die meisten Herkunftsländer der Fremden keine Demokratien, sondern autokratische Regime seien, die von Korruption und familialistischen Strukturen geprägt sind. Das gelte wiederum insbesondere für den Islam, der seinem Wesen nach undemokratisch sei. Auch der islamistische Terrorismus wird im rechtspopulistischen Diskurs aus der allgemein »barbarischen« und zur Gewalt neigenden islamischen Kultur erklärt. Der Islam sei keine gewöhnliche Religion, sondern eine auf Expansion ausgelegte politische Herrschaftsideologie, in deren Zentrum der »Heilige Krieg« gegen die Ungläubigen stehe. Die Assoziation von Muslimen und Terroristen findet sich regelmäßig in rechtspopulistischen Diskursen, wenn nicht gar eine unmittelbare Gleichsetzung erfolgt (Lamont/Park/Ayala-Hurtado 2017: 157).

Der folgende Ausschnitt aus einer Rede von Gottfried Curio verdeutlicht, wie verschiedene Stereotype zusammengeführt werden, um die Behauptung zu untermauern, dass die Fremden ihrem Wesen nach mit der bürgerlichen Rechts- und Gesellschaftsordnung inkompatibel sind: »Der innere Frieden verträgt keine weitere Zuwanderung dieser einschlägigen Art, keine archaischen Clanstrukturen [...], keine kultur-fremden, teils gesetzeswidrigen Leitvorstellungen des Islam bis hin zur Terrorbedrohung, keine sozialen Spannungen und Gewaltdelikte« (Curio zitiert nach Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018: 71f.).

Im *Themenfeld Ökonomie* ist die Vorstellung bestimmend, dass die Fremden unfähig sind, rationale Marktsubjekte und produktive Subjekte der Lohnarbeit zu sein, wie sie der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft angemessen wären. Sowohl die Migrant*innen als auch die »einheimischen« Minderheiten werden als ungebildet, undiszipliniert und faul beschrieben. Die Regierung, so heißt es im Grundsatzprogramm der AfD, befördere seit Jahren eine »von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten. Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen.« (AfD 2016: 42) Explizierter formuliert es der AfD-Politiker Alexander Gauland in ei-

ner Rede aus dem Jahr 2018: Da es sich bei den Migrant*innen »fast ausnahmslos um ungebildete, zu großen Teilen stammesgesellschaftlich erzeugte und bis zur Arbeitsunlust fromme Personen handelt, wird sich ihr Beitrag zum Bruttosozialprodukt umgekehrt reziprok zu ihrem Anteil am Aufbau innerer Spannungen verhalten.« (Gauland 2018a: Minute 15:15)

Bei Geflüchteten handelt es sich nach offiziellen AfD-Verlautbarungen um »Sozialmigranten« oder »Armutsmigranten«, die vermeintliche Flucht sei in Wahrheit eine »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Damit wird Geflüchteten nicht nur ein »echter« Fluchtgrund abgesprochen, sondern impliziert, dass sie weder heute noch in Zukunft einer Lohnarbeit nachgehen werden, weil sie prinzipiell unfähig oder unwillig sind (Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018: 64–83). Der Ausdruck »Asyltourismus« lässt Flucht gar als eine Art Freizeitvergnügen von Menschen erscheinen, die, statt zu arbeiten, lieber nach Europa reisen, um es sich dort in der »sozialen Hängematte« gut gehen zu lassen: »Anstatt die Familien zu fördern, füttert Merkel lieber auf unsere Kosten Wohlstandsmigranten aus aller Herrenländer durch. [...] Unser Wohlstand, den wir und die Generationen vor uns aufgebaut haben, der ist für uns, der ist nicht für die Afrikaner, der ist nicht für die Syrer.« (Tillschneider 2017: Minute 02:57, 13:56) Der nationale Wohlstand, der auf die eigene Produktivität und Leistungswilligkeit zurückgeführt wird, soll nicht nur nicht mit den Fremden geteilt werden, er lasse sich auch nicht erhalten, wenn sich immer mehr von ihnen im Land ansiedeln. »Wer soll in Zukunft für die Renten aufkommen?«, fragt Alice Weidel während einer Haushaltsdebatte im Bundestag, »Ihre eingewanderten Goldstücke etwa? Das glauben Sie doch wohl nicht im Ernst.« (Weidel 2018: o.S.)

Das *Themenfeld Sexualität und Geschlechterverhältnisse* ist wahrscheinlich das bedeutendste im gegenwärtigen rechtspopulistischen Diskurs über die Fremden (vgl. Autor*innenkollektiv FE.IN 2019; Dietze 2016, 2019). Die Kultur der Fremden, und speziell die islamische Kultur, wird als patriarchal, familialistisch, sexuell repressiv, frauenfeindlich und homophob dargestellt. Im Gegensatz zu den eigenen Familien- und Geschlechterverhältnissen, die als fortschrittlich imaginiert werden, er-

scheinen die der Fremden als brutal und rückständig. Der *fremde Mann* wird als sexuell aggressiv und triebhaft gezeichnet, die *fremde Frau* als unterwürfig und unemanzipiert (vgl. Farris 2017: 24f.).⁸ Dabei wird teilweise positiv auf Frauen- und LGBTQIA+-Rechte Bezug genommen und auf Argumente zurückgegriffen, die bis vor kurzem ausschließlich von Feminist*innen vertreten wurden (Zúquete 2016: 112), was freilich in einem krassen Widerspruch zu der ansonsten misogynen, homophoben und antifeministischen Ausrichtung der populistischen Rechten steht.

Während die *fremden Frauen* gelegentlich auch als Opfer ihrer eigenen patriarchalen Kultur gezeichnet werden, steht der *fremde Mann* für eine fundamentale Bedrohung (vgl. Farris 2017; Autor*innenkollektiv FE.IN 2019: 124-134). Er sei sexuell aggressiv, unkontrolliert, triebhaft und strebe, neben der Beherrschung der eigenen Frauen, auch die gewaltsame sexuelle Verfügung über die »einheimischen« Frauen an. Mag die Triebhaftigkeit des *fremden Mannes* in seinem Herkunftsland institutionell kontrolliert sein (etwa durch einen strikten religiösen Sexualkodex, das Kopftuch usw.), wird sie unter den Bedingungen der freien westlichen Gesellschaft entfesselt. Hier lasse er seiner sexuellen Neigung zu Übergriffen und Vergewaltigungen freien Lauf. Das Stereotyp des *fremden Vergewaltigers* gehört zu den am weitesten verbreiteten im rechtspopulistischen Diskurs. Bekannte Beispiele sind die Rede von Donald Trump, in der er Mexikaner als Vergewaltiger bezeichnete (Korte/Gomez 2018), und der rechte Neologismus »Rapefugees«.

Als weitere existenzielle Bedrohung des Eigenen erscheint der Familialismus der Fremden. Insbesondere die kulturelle Neigung, viele Kinder zu bekommen, führe zu einem demographischen Problem. So heißt es im AfD-Wahlprogramm von 2017:

»Während die europäische Bevölkerung überaltert und schrumpft, explodiert die Bevölkerungszahl in Afrika und in den arabisch-muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. In Afrika bekommt

8 Solche Zuschreibungen finden sich jedoch nicht nur in rechtspopulistischen und konservativen Strömungen, sondern auch in Teilen des liberalen Feminismus (Farris 2017: 6f.).

jede Frau im Durchschnitt 4,5 Kinder. [...] Dies bedeutet, dass in der Zeit bis 2050 die Population Afrikas, einschließlich aller arabischen Länder, von heute 1,2 Milliarden Menschen auf 2,4 Milliarden wachsen wird.« (AfD 2017: 37)

Durch die große Zahl an Menschen und das Wohlstandsgefälle zum reichen Europa entstehe notwendigerweise ein Wanderungsdruck, der das Ausmaß einer neuen »Völkerwanderung« (ebd.: 37) anzunehmen drohe. Besonders von den Fremden, die bereits im Land sind, gehe eine demographische Gefahr aus: »Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.« (AfD 2016: 42)

Zwei Punkte machen deutlich, dass diese demographische Argumentation nicht einfach neutrale Feststellungen beinhaltet, sondern einer rassistischen Logik folgt (vgl. auch Schultz 2016). Zum einen wird die Geburtenrate der Fremden als eine fixe Größe behandelt, die durch ihr Wesen gegeben und von äußeren sozialen und kulturellen Bedingungen unabhängig ist, um dann eine konstante Zunahme dieser Gruppe zu prognostizieren. Zum zweiten verdeutlicht die Rede vom »ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur«, dass die Fremden immer als Träger bestimmter kulturell determinierter Merkmale und Verhaltensweisen gedacht werden (vgl. etwa Gupta/Virdee 2018: 1756f.). Nur so kann etwa die Vorstellung entstehen, dass die Zunahme dieser Gruppe zwangsläufig mit einer Ausbreitung »des Islam« einhergeht. Menschen, die aus einer islamisch geprägten Kultur stammen, wird zugeschrieben, diese Kultur in sich zu tragen. Ihre Kultur ist ihre Natur, darum sind sie keine Subjekte. Die Möglichkeit, dass Menschen aus muslimisch geprägten Ländern auch nicht religiös sein können, dass Religion unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anders interpretiert und praktiziert werden kann oder dass die Kinder von Migrant*innen kulturell anders sozialisiert werden als ihre Elterngeneration, kommt im rassistischen Denken nicht vor. Hinter den Zuschreibungen feststehender kultureller Verhaltensweisen und Eigenschaften steht die rassistische Prämisse einer verkörperten Kultur.

Dem rassistischen Bild der Fremden korrespondiert im rechtspopulistischen Diskurs ein entgegengesetztes Selbstbild. Während die Fremden als *Gemeinschaft* imaginiert werden, als ein familialistisch organisierter Verband oder als ein »barbarisches« Kollektiv, das patriarchal und herrschaftlich verfasst ist, unaufgeklärt und irrational, und daher kulturell und sozial zurückgeblieben, erscheint das Eigene als zivilisierte *Gesellschaft*, als Zusammenschluss mündiger und aufgeklärter Bürger*innen. Als Bürger*innen sind die Individuen *Subjekte*, die autonom und rational handeln können, die Fremden hingegen sind entindividualisierte, von ihrer Kultur determinierte *Objekte*. Für das Eigene wird ein ebenso selbstverständlicher wie geschichtsloser Normalzustand unterstellt: Demokratie, Aufklärung, Freiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter erscheinen als etwas, das westliche Gesellschaften immer schon ausgezeichnet hat oder zumindest in ihren Grundwerten angelegt war und sich im Zuge einer Fortschrittsgeschichte entfaltet hat. Fundamentalismus, Gewalt, Kriminalität, Terror und Patriarchat werden hingegen vom Eigenen abgespalten und exklusiv den Fremden zugeschrieben.

Das Eigene ist modern und aufgeklärt, »[d]er Islam bedeutet Steinzeit.« (Storch 2017: o.S.) Aufgrund dieses absoluten Gegensatzes bedeutet die »Ausbreitung des Islam und [die] Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, [...] eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.« (AfD 2017: 45) Die Fremden stellen ökonomisch eine Belastung dar und gefährden die innere Sicherheit durch Kriminalität, sexuelle Übergriffe, Gewalt und Terror. Da sie durch ihre Kultur determiniert sind, bilden sie eine geschlossene Gruppe, die immer nur neben der eigenen existieren kann (»Multikulti«, »Parallelgesellschaft«). Die Zunahme der Fremden führt in dieser identitären Logik notwendig zu einer Verdrängung des Eigenen. Alles, was dazu beiträgt, gilt entsprechend als fundamentale Bedrohung oder als aggressiver Akt, wie die vorherrschende Naturkatastrophen- und Kriegsmetaphorik verdeutlicht. Die Fluchtmigration wird als »Flüchtlingswelle«, »Asylantenflut« oder »Flüchtlingslawine« beschrieben (vgl. Spieß 2017), mit Blick auf Migrant*innen und Muslim*innen ist von »Invasion« und »Kolonisa-

tion« (Camus 2016), von einem »Ansturm auf Europa« (Höcke zitiert nach Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018: 99), einem »Belagerungszustand« (Curio zitiert nach ebd.: 73) oder von »feindlicher Übernahme« (Sarrazin 2018) die Rede. Burka und Niqab seien die »Uniform des Islam« (Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018: 90). Gert Wilders spricht im Zusammenhang mit den Fertilitätsraten muslimischer Frauen von einem drohenden »Tsunami von Muslimen« (Farris 2017: 68), andere von »Krieg mit der Gebärmutter«, »Geburtendschihad« oder »Wiegenimperialismus« (Autor*innenkollektiv FE.IN 2019:133). AfD »Parteiphilosoph« Marc Jongen sieht durch die »Migranteninvasion [...] die psychische, die psychopolitische Integrität dieses sozialen Großkörpers, den wir das Volk oder die Nation nennen, verletzt.« Es handele sich um einen »Akt der Gewalt, wie er in vergleichbarer Größenordnung sonst eigentlich nur in Kriegszeiten vorkommt.« (Jongen zitiert nach Holz/Haury 2021: 330)

Die Untergangsfantasien, die im Zentrum des rechtspopulistischen Weltbildes stehen, erfahren in Narrativen, die unter Schlagworten wie »Großer Austausch«, »Umvolkung«, »White Genocide« oder »Eurabien« verbreitet werden, eine Verdichtung und apokalyptische Zuspitzung. Insbesondere die Formel vom »Großen Austausch« erlangte breite mediale Aufmerksamkeit, nachdem sich die rechtsterroristischen Attentäter von El Paso und Christchurch auf sie bezogen hatten, um ihre Taten zu rechtfertigen. Geprägt wurde sie vom französischen Schriftsteller Renaud Camus, der 2011 ein gleichnamiges Buch veröffentlichte (Roepert 2021). Camus (2016)⁹ zufolge werde der »Große Austausch« von einheimischen Eliten vorangetrieben, die sich vom Zuzug der Fremden eigene Vorteile versprechen. Die Migrant*innen beschreibt er als »Kolonisatoren«, deren Ziel es sei, europäischen Reichtum anzueignen, sich für den Kolonialismus zu rächen und die Europäer aus ihren Heimatländern zu verdrängen. Dabei kämen vor allem zwei »Waffen« zum Einsatz: gewalttätiges Verhalten, um die »Einheimischen« in

9 Eine Sammlung von Camus' Aufsätzen in deutscher Übersetzung erschien 2016 im Antaios Verlag, dem zentralen Publikationsorgan der »Neuen Rechten« in Deutschland.

Angst und Schrecken zu versetzen, und hohe Geburtenraten. Wenn niemand etwas gegen den »Großen Austausch« unternahme, würden die Europäer erst zu einer Minderheit werden und irgendwann ganz verschwinden.

»In vielen Großstädten Europas sind die Einheimischen bereits zur Minderheit geworden; ihr schwindender Anteil an der Gesamtbevölkerung wird bald einen Wendepunkt erreicht haben, an dem sie es sehr rasch unerträglich oder ganz einfach unmöglich finden werden, Seite an Seite mit der neuen ethnischen Mehrheit zu leben; sei es, weil sie ihren neuen Status als Minderheit im eigenen Land als bedrückend oder sogar erniedrigend empfinden; sei es, daß der Druck der Schikanen, Belästigungen und Verbrechen einen Grad erreicht hat, der sie zur Flucht zwingt.« (Camus 2016: 83)

Um die Gefahr, die von den Fremden ausgeht, zu bannen, setzen die meisten rechtspopulistischen Kräfte auf eine Beschränkung von Migration durch strikte Kontrollen von Grenzen, eine restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik und eine Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts. Es gibt Bestrebungen, die Rechte von Minderheiten, etwa in der Religionsausübung, einzuschränken. Darüber hinaus gibt es die Forderungen nach »Deislamisierung«, nach »Minusmigration« und »massenhaften Rückführungen«. Björn Höcke spricht von der Notwendigkeit eines »großangelegte[n] Remigrationsprojekt[s]«, bei dem man »nicht um eine Politik der »wohltemperierten Grausamkeit« [...] herumkommen [werde]. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.« (Henning/Höcke 2018: 254)

Bevor ich mit der Rekonstruktion des Rassismus fortfahre, scheint es mir wichtig, auf einen weiteren, sehr grundsätzlichen Einwand einzugehen, der gegen die Verwendung des Rassismusbegriffs vorgebracht wird, und der weiter oben bereits angedeutet wurde. Der Einwand lautet, dass die Diskurse um Islam und Migration nicht auf Vorurteilen und Ressentiments beruhen, sondern reale Sachverhalte problematisieren. Der Patriarchalismus der islamischen Kultur, arabische »Familienclans« und islamistischer Terrorismus seien keine Erfindungen. Nicht

nur Rechtspopulist*innen und Konservative, sondern auch Liberale und Linke verweisen darauf, dass es im Zusammenhang mit dem Islam und der Migration massive Probleme gäbe und dass es möglich sein müsse, sie zu thematisieren, ohne als Rassistin oder Rassist zu gelten. Dem Rassismusbegriff, aber auch dem Begriff der Islamophobie wird dann vorgeworfen, legitime und notwendige Kritik am Islam unterbinden zu wollen, indem man sie tabuisiert und pathologisiert. Damit steht die Frage im Raum, wie eine begründete Kritik am Islam (oder anderen kulturellen Formationen und Praktiken) von Rassismus zu unterscheiden ist. Um sie zu klären, muss die theoretische Frage mitbehandelt werden, wie sich der Rassismus zur Realität verhält.

Ein Beispiel: der antimuslimische Rassismus behauptet, dass die islamische Kultur patriarchal und frauenfeindlich sei. Tatsächlich lässt sich mit guten Gründen sagen, dass die Kultur der meisten islamisch geprägten Länder patriarchal und in vieler Hinsicht auch *patriarchaler* ist als in westlichen Ländern. Das oftmals von antirassistischen Feminist*innen bemühte Argument, dass die Frauenunterdrückung in islamisch geprägten Ländern nicht auf den Islam, sondern auf das universelle Patriarchat zurückzuführen sei, ist nicht überzeugend. Auch wenn man im Islam (und anderen Religionen) nicht die alleinige Quelle patriarchaler Strukturen sehen kann, wird die Frauenunterdrückung oftmals religiös begründet und im Kontext eines religiösen Selbst- und Weltverständnisses artikuliert. Praktiken wie Zwangsheirat und Verschleierung können daher mit vollem Recht als Ausdruck eines spezifisch islamischen Patriarchats benannt und kritisiert werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Rassismus, der die islamisch artikulierte Frauenfeindlichkeit als Argument verwendet, nicht mehr rassistisch wäre. Entscheidend ist die Art und Weise, in der das Phänomen interpretiert wird. Der Rassismus behauptet, dass Frauenfeindlichkeit *erstens* ein *substanzielles Merkmal* der islamischen Kultur darstellt – also ein unveränderliches Merkmal, das notwendig zum Islam gehört und von anderen ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen unabhängig ist. *Zweitens*, dass sie als wesentlicher Bestandteil der islamischen Kultur *determinierend* wirkt, das heißt, alle Individuen, die dem Islam zugerechnet werden, notwendigerweise in ihrem Handeln be-

stimmt. Und dass sie *drittens* ein Phänomen darstellt, das im Eigenen nicht vorkommt und damit einen absoluten Gegensatz zu den Fremden begründet. Frauenfeindlich ist dann beispielsweise nur die islamisch begründete Verschleierung, nicht aber die Sexualisierung und Objektivierung des weiblichen Körpers in der westlichen Kulturindustrie.

Das Beispiel zeigt, dass der Wahrheitsgehalt einer isolierten Aussage nicht notwendigerweise ein hinreichendes Kriterium darstellt, um begründete Kritik von Rassismus zu unterscheiden. Zu betrachten sind immer die Gesamtargumentation und der Bedeutungskontext. Der Rassismus besteht im Kern aus phantasmatischen Bildern und Stereotypen, die sich nur ausgehend vom rassistischen Subjekt verstehen lassen, zugleich ist er aber darauf angewiesen, einen Bezug zur Realität herzustellen.¹⁰ Ihr entnimmt er selektiv das Material, an dem er seine Stereotype und Wahrnehmungen bestätigt.

3.1.3 Völkischer Rassismus: Der Niedergang des Eigenen

Der liberale Rassismus beschreibt das Eigene als überlegen, das Fremde hingegen als minderwertig und sieht gerade in dieser Differenz die Gefahr, da die archaische und gewalttätige Gemeinschaft der Fremden mit einer hochentwickelten, aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft nicht vereinbar ist. Die Bedrohung geht in dieser Konstellation also ausschließlich von den Fremden aus, während das Eigene als unproblematisch erscheint. Allerdings gibt es neben diesem hegemonialen Diskurs über die Fremden noch einen anderen Diskurs, der bisher weniger beachtet wurde, mit dem zunehmenden Erfolg der rechtspopulistischen Parteien aber an Einfluss gewonnen hat. Es handelt sich um

10 Die konstruktivistischen und postkolonialen Rassismustheorien übergehen dieses Problem: sie behandeln Rassismus lediglich als diskursives Konstrukt mit diskriminierenden und ausgrenzenden Effekten, sagen jedoch nichts darüber, wie sich die rassistischen Inhalte zur Realität verhalten (vgl. Biskamp 2016).

ein Deutungsmuster, das die Fremdzuschreibungen des liberalen Rassismus aufnimmt, dabei aber von einem entgegengesetzten Selbstbild ausgeht. Das Eigene wird nicht als Gesellschaft, sondern als *homogene Gemeinschaft* gedacht, die in ihrer Substanz bedroht ist – ein Grundmuster, das sich als *völkischer Rassismus* bezeichnen lässt. Statt Stärke und Überlegenheit zu postulieren, wird eine Schwäche des Eigenen diagnostiziert, die aus einer Tendenz zum inneren Verfall hervorgeht. Aktualisiert wird damit ein zentrales Motiv aus der Geschichte des Rassismus und des rechten Kulturpessimismus, das häufig mit den Ausdrücken *Dekadenz* oder *Degeneration* bezeichnet wurde (Hund 2014: 114–118; Griffin 1991; Lenk 1989: 255–265; Lenk 2005; Weingart/Kroll/Bayertz 2017). Wie Zúquete (2016: 17) anmerkt, hat dieser Diskurs im rechten Spektrum an Einfluss gewonnen: »particularly since the last decade, the idea of an encroaching decadence, once viewed as fringe and ›marginal‹ has moved to the center and is increasingly being adopted by conservative mainstream voices.« Aus der Perspektive des Dekadenz-Gedankens sind es gerade die Schwäche und der Niedergang des Eigenen, die die Fremden zu einer so existentiellen Gefahr werden lassen. »Wir wissen genau«, so etwa Martin Sellner von der *Identitären Bewegung*, »dass es die eigene Dekadenz und der liberalistische Werteverfall sind, die Europa erst sturmreif für die Invasion der Fremden gemacht haben.« (Sellner 2016: 192) Und Björn Höcke konstatiert in einer Rede:

»Der Multikulturalismus, der Materialismus, der Konsumismus, der Hedonismus, der Narzissmus, die Vereinzelung, kurz: die Dekadenz hält Westeuropa fest im Griff. Eine tödliche Toleranz allem und jedem gegenüber hat die Selbstbehauptungskräfte zumindestens [sic!] der westeuropäischen Völker fast vollständig erlahmen lassen.« (Höcke 2018: Minute 11:40)

Der Niedergang des Eigenen wird in allen gesellschaftlichen Bereichen beobachtet. Ein zentrales Motiv ist der immer wieder beklagte Verlust nationalstaatlicher Souveränität im Zuge der fortschreitenden Globalisierung, der symbolisch insbesondere an der unterstellten Unfähigkeit zum Ausdruck kommt, Grenzen zu »schützen«. Besonders die Ereignisse während und nach der »Flüchtlingskrise« von 2015 stehen im rechts-

populistischen Diskurs symptomatisch für die Schwäche der Nationalstaaten. Die Herrschenden seien weder fähig gewesen, die Grenzen zu kontrollieren, so dass massenhaft Fremde ins Land eingedrungen seien, noch seien sie in der Lage, Illegale konsequent abzuschieben. Deutschland, so der damalige AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen, sei »unter dieser Führung in Anführungsstrichen« zu »einer Art Bananenrepublik verkommen.« (Meuthen 2018: Minute 15:30) Der Verfall des Staates hat jedoch tiefere Ursachen. Es ist ein langwährender Niedergang der eigenen Kultur und Werte, der die westlichen Länder in die Krise geführt hat. Ein unverbindlicher Relativismus, »Multikulti«, eine individualistische und hedonistische Konsumkultur, aber auch der fortschreitende Bedeutungsverlust des christlichen Glaubens erzeugen eine zunehmende kulturelle und spirituelle Leere und schwächen die Identität des Eigenen. Auch die ständige Beschäftigung mit den Verbrechen der eigenen Vergangenheit, mit Kolonialismus, Faschismus und in Deutschland speziell mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust, mache es unmöglich, einen positiven Bezug zur eigenen Geschichte zu entwickeln und ein gesundes Nationalbewusstsein auszubilden. Stattdessen betreibe man einen »Schuldskult« und sei dem »Ethnomasochismus« verfallen.¹¹

Besonders deutlich zeigt sich der Niedergang im Bereich der Geschlechter- und Familienordnung. »Das große Problem ist«, so der AfD-Politiker Björn Höcke,

»dass Deutschland, dass Europa ihre Männlichkeit verloren haben. Ich sage: Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken, denn nur, wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde.« (Höcke 2015: Minute 01:08)

Der Verfall des Eigenen, der hier als Verlust von Männlichkeit gedeutet und damit – der Logik des dichotomen bürgerlichen Geschlechterverhältnisses folgend – zugleich als Verweiblichung oder als »Verschwu-

11 Beide Ausdrücke sind insbesondere in der *Identitären Bewegung* verbreitet.

lung»¹² gedacht wird, ist der Grund für die Wehrlosigkeit gegenüber der fremden Aggression. Wir gehen, so Höcke an anderer Stelle, »Tag für Tag mit gesenktem Kopf durch unser Land. [...] Deswegen werden Tag für Tag in unserem Land Frauen unsittlich berührt. Und deswegen werden unsere jungen Männer im eigenen Land geschlagen und manchmal sogar grundlos getötet.« (Höcke 2016a: Minute 20:36)

Besonders fatal erscheint an der Entwicklung, dass das männliche Schutzversprechen gegenüber den eigenen Frauen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Doch nicht nur die Männlichkeit ist bedroht und zunehmend ihrer Substanz beraubt. Auch ein Verlust von Weiblichkeit wird beklagt. Feminismus und individualistisches Selbstverwirklichungsstreben hätten Frauen von Mutterschaft und Familie entfremdet, was zur Folge habe, dass der familiäre Zusammenhalt verschwindet, die Vereinzelung voranschreitet und die Werte des Eigenen nicht mehr an die nachfolgende Generation weitergegeben werden. Durch niedrige Geburtenraten sei schließlich die Reproduktion des Eigenen als Ganzes bedroht. Die westlichen Gesellschaften steuern auf einen »demographischen Suizid« zu.

Auch wenn der Dekadenz-Diskurs des völkischen Rassismus den Niedergang in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft entdeckt, so handelt es sich dabei doch um Momente eines einzigen umfassenden Prozesses (vgl. Almeida 2014: 223). Es ist letztendlich der Verlust einer geistig-kulturellen Substanz, die den Kern des Eigenen ausmachen soll. Wie deutlich geworden sein sollte, liegt dem Dekadenz-Diskurs ein anderes Selbstbild zugrunde als dem liberalen

12 Vgl. das homophobe, misogyne und antifeministische Pamphlet *Die große Verschulung. Wenn aus Männern Frauen werden und aus Frauen keine Männer* von Akif Piringçi. Dass der Autor den Niedergang des Eigenen als Entmännlichkeit empfindet und diese wiederum mit Weiblichkeit und Homosexualität gleichsetzt, wird bereits zu Beginn des Textes deutlich, wenn er davon spricht, dass sein Buch »vom Selbstauf Lösungswahn der deutschen Gesellschaft [handelt], den wir dem Hofieren und der Anbetung des weiblichen Elements zu verdanken haben, der Unwucht feminisierten und verweichlichten Denkens, der großen Verschulung.« (Piringçi 2015: 9)

Rassismus. Während letzterer den Standpunkt einer funktionstüchtigen Gesellschaft und einer unproblematischen, *unmarkierten* Subjektivität einnimmt und die Fremden als »barbarische Gemeinschaft« imaginiert, die sich durch einen Mangel an Subjektivität auszeichnet, wird im völkischen Rassismus die Frage, was das Wesen des Eigenen ausmacht, neu gestellt und auf eine andere Weise beantwortet. Im liberalen Rassismus ist das Wesen des Eigenen Subjektivität: individuelle Freiheit und die gesellschaftliche Vermittlung der sich daraus ergebenden Differenzen. Im völkischen Dekadenz-Diskurs ist das bedrohte Wesen des Eigenen eine geistig-kulturelle *Substanz*, die alle, die zum Eigenen gehören, determiniert und auf diese Weise Einheit und Gemeinschaft stiftet. Dem Eigenen wird also im völkischen Rassismus dieselbe soziale Existenzweise zugeschrieben, die im liberalen Rassismus den Fremden zugeordnet war.

3.2 Die Verschwörung der Elite

Die Kritik an Eliten, die vom Standpunkt des Volkes geübt wird, gilt als wesentliches Merkmal des Populismus und damit auch des Rechtspopulismus. Während es in der Forschung einige theoretische Reflexionen zur Bedeutung von Volk im (Rechts-)Populismus gibt, sind die Zuschreibungen und Bilder, die mit der Elite verbunden werden, kaum untersucht (Mudde/Kaltwasser 2017: 11). Ein wesentlicher Grund dafür dürfte sein, dass viele Autor*innen die rechtspopulistische Kritik an den Eliten und das darin gezeichnete Elitenbild realistisch interpretieren (vgl. 2.4).

Im Folgenden geht es mir darum, den rechtspopulistischen Diskurs über die Elite in seinen Grundzügen zu rekonstruieren und zentrale Themen und Motive herauszuarbeiten. Ich habe in meiner Auseinandersetzung mit der Populismusdebatte bereits darauf hingewiesen, dass große Teile dieses Diskurses aus empirisch falschen und geradezu phantasmatischen Aussagen bestehen, die sich nicht plausibel realistisch interpretieren lassen (vgl. Kapitel 2). Ich gehe daher davon aus, dass die Zuschreibungen und Bilder, die mit der Elite verbunden

werden, zunächst einmal noch nichts über die empirischen Eliten und ihr Handeln aussagen, sondern als diskursive Konstruktionen begriffen werden müssen. Ich werde in diesem Kapitel bereits einige Überlegungen zur Deutung des Elitenbildes anstellen. Die ausführliche Behandlung der Frage, welchen kulturellen, sozialen und psychologischen Sinn das rechtspopulistische Elitenbild hat und welcher Stellenwert ihm im Gesamtzusammenhang des rechtspopulistischen Weltbildes zukommt, erfolgt dann im letzten Abschnitt des vierten Kapitels (4.5).

3.2.1 Die Elite gegen das Volk

Die Elite wird im Rechtspopulismus als eine Gruppe beschrieben, die sich gegen das eigene Volk richtet. Dabei ist, wie zu zeigen sein wird, die Vorstellung leitend, dass das Handeln der Elite letztendlich – absichtlich oder unabsichtlich – auf die *Vernichtung* des Volkes hinausläuft. Wie das Volk wird auch die Elite als eine weitgehend homogene Einheit gedacht, also als eine Gruppe, die im Wesentlichen die gleichen Ansichten, Werte und Interessen teilt. Zugleich werden unterschiedliche Fraktionen der Elite in Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft unterschieden, wobei der Gruppe der Politiker*innen die größte Bedeutung zukommt. Einige der wichtigsten Zuschreibungen an die politische Elite lassen sich an einer Passage aus dem Grundsatzprogramm der AfD illustrieren. Dort heißt es: »Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten.« (AfD 2017: 10) Die politische Elite wird als klein, aber mächtig beschrieben. Dass sie die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten habe, kann als Ausweis ihrer Macht verstanden werden. Nur wer eine Entwicklung beeinflussen kann, kann für eine Fehlentwicklung verantwortlich sein. Wer die Fehlentwicklungen ganzer Jahrzehnte verantworten kann, muss über eine große Macht verfügen. Der lange Zeitraum, über den sich die adressierten Fehlentwicklungen erstrecken sollen, unterstreicht die Vorstellung einer Identität der Elite. Nicht nur die Angehörigen der gegenwärtigen Elite denken und handeln gleich, son-

dern die Elite ist auch seit Jahrzehnten die gleiche. Im Anschluss erfährt man mehr über ihre Motive: »Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt.« (ebd.: 10) Die Politiker*innen handeln nicht im Sinne des Allgemeinwohls, sondern aus Eigeninteresse. Als vom Volk abgetrennte »politische Klasse« sind sie nicht Repräsentant*innen des Volkes, das der demokratischen Idee zufolge Souverän sein soll, sondern selbst der »heimliche Souverän« in einem »oligarchischen« System, wobei das Adjektiv »heimlich« bereits auf die konspirationistisch-paranoide Dimension des Diskurses verweist, auf die ich weiter unten ausführlicher eingehen werde.

Einer der zentralen Vorwürfe an die politische Elite lautet, durch den Ausbau supranationaler politischer Strukturen die Souveränität und Identität des Nationalstaates zu zerstören. Im europäischen Rechtspopulismus stellt in dieser Hinsicht die Europäische Union ein zentrales Feindbild dar. Die Übertragung immer weiterer politischer Kompetenzen an die EU beraube die Nationalstaaten ihrer politischen, aber auch ihrer wirtschaftlichen Souveränität. Diese allgemeine Kritik wurde in der letzten Dekade vor allem an zwei gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen konkretisiert: zum einen an den »Rettungsmaßnahmen«, mit denen auf die Finanzkrise und die anschließende Währungs- und Staatsschuldenkrise reagiert wurde. In den zentral- und nordeuropäischen Ländern richteten sich rechtspopulistische Positionen dabei insbesondere gegen die Haftungsgemeinschaft, die durch Kreditvergabe an überschuldete Staaten entstanden sei, und gegen die Politik der europäischen Zentralbank. Von einigen rechtspopulistischen Akteur*innen wurde diese Kritik zu einer fundamentalen Ablehnung der EU und des europäischen Währungsraumes zugespitzt. Zum anderen entzündete sich die rechtspopulistische Kritik am europäischen Migrations- und Grenzregime, etwa an einer als zu liberal empfundenen Einwanderungspolitik oder der durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit bedingten Binnenmigration, insbesondere aber am Umgang führender europäischer Staaten mit der »Flüchtlingskrise«, die im Sommer 2015 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die Ab-

lehnung von Migration verdichtet sich im Topos der Grenzen, die zu kontrollieren und zu »schützen« eine zentrale Forderung darstellt.

Für das Verhalten der Eliten in Migrationsfragen gibt es im rechts-populistischen Diskurs zwei verbreitete Deutungen: Die eine lautet, dass die Eliten von den Ideologien des Multikulturalismus, des Ökonomismus, des Kosmopolitismus oder des »Gutmenschentums« verblendet und deshalb unfähig seien, die schädlichen Folgen der zunehmenden Migration zu erkennen. Die zweite Deutung besagt, dass die Eliten die Migration befördern, obwohl oder sogar *weil* sie um ihre destruktiven Auswirkungen auf das Eigene wissen (vgl. Holz/Haury 2021: 332–337). Diese Idee verdichtet sich etwa in den Narrativen vom »Großen Austausch«, der »Umvolkung« oder – vor allem in den USA – des »White Genocide«, auf die ich bereits im vorherigen Kapitel eingegangen bin und auf die ich hier noch einmal zurückkommen möchte. Der »Große Austausch« und andere, ähnlich strukturierte Erzählungen verbinden die rassistische Idee der Verdrängung des geschwächten Eigenen durch die Fremden mit der Vorstellung einer mächtigen und konspirativ agierenden volksfeindlichen Elite, die Migrationsprozesse in der Absicht befördert, dem Eigenen zu schaden und es letztendlich zu zerstören. Das wesentliche Charakteristikum dieser Narrative, auf das ich im Weiteren noch ausführlicher eingehen werde, besteht darin, dass die Idee eines planvollen Handelns der Elite sowohl für die Schwäche des Eigenen als auch für das Eindringen der Fremden eine *Erklärung* liefert. Bei Renaud Camus (2016), der die Formel vom »Großen Austausch« etabliert hat, sind Politiker*innen aller Parteien und die großen Unternehmen verantwortlich.¹³ Die linken Parteien würden sich für Migration einsetzen, um ein neues Wählerpotential zu erschließen und ihre Macht zu sichern, nachdem sich die einheimischen Arbeiter*innen längst von ihnen abgewandt haben. Die konservativen Parteien und die Unternehmen hingegen wollen die Fremden als billige Arbeitskräfte. Da sie nur an ihren Vorteil denken, sind ihnen die Folgen für die Identität des Eigenen gleichgültig. Sie sind allesamt erfüllt vom »Ökonomismus«, einer

13 Die folgenden Passagen basieren auf Roepert (2021).

»Ideologie der universalen Austauschbarkeit aller Dinge« (Camus 2016: 60), in der Geschichte, Herkunft und Identität keine Bedeutung haben.

Untergangsmysmen wie der »Große Austausch« wurden zunächst vor allem vom rechtsextremen Milieu und von Akteur*innen wie der *Identitären Bewegung* aufgegriffen und verbreitet, inzwischen sind sie jedoch auch in weiten Teilen des rechtspopulistischen Spektrums anschlussfähig und werden von führenden Politiker*innen propagiert. So ist der Glaube an den »Großen Austausch« etwa unter den Anhänger*innen des *Rassemblement National* (ehemals: *Front National*) weit verbreitet und wurde von Marion Maréchal, lange Zeit eine der zentralen Figuren des rechtsextremen Parteiflügels, prominent vertreten (vgl. Kempin 2017: 10). Heinz-Christian Strache, ehemaliger Parteivorsitzender der österreichischen FPÖ, äußerte im April 2019 in einem Interview mit der *Kronenzeitung*, seine Partei werde »den Weg für unser Heimatland Österreich, den Kampf gegen den Bevölkerungsaustausch, konsequent weiter[gehen], wie es die Menschen von uns auch erwarten.« (Bischofberger 2019, o.S.) Auch bei Politiker*innen der AfD finden sich zahlreiche, mal mehr und mal weniger direkte Bezugnahmen auf den »Großen Austausch«. Exemplarisch sei hier nur Alexander Gauland angeführt, der immer wieder auf das Narrativ zurückgegriffen hat. Bei einer Wahlkampfveranstaltung bezeichnet er die Flüchtlingspolitik der deutschen Regierung als »eine Politik der menschlichen Überflutung« und als »Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung.« (Gauland 2016, o.S.) In einer Rede beim sogenannten *Kyffhäusertreffen* 2018 konkretisiert Gauland das Szenario. Angela Merkel arbeite darauf hin, den »Bevölkerungsaustausch unumkehrbar [zu] machen. Fragen Sie mich nicht, was ihre Motive sind. Aus irgendwelchen Gründen hat sie etwas gegen das deutsche Volk.« (Gauland 2018a: Minute 12:09) Die Bundesregierung wolle, »dass wir für die Einwanderer arbeiten, damit die in Ruhe Kinder in die Welt setzen und den Bevölkerungsaustausch vollenden können.« (ebd.: Minute 14:20) Die AfD befinde sich

»in einem Kampf gegen Kräfte, die ihr globalistisches Programm der Nationenauflösung, der ethnisch-kulturellen Vereinheitlichung und

der Traditionsvernichtung als die Menschlichkeit und Güte selbst verkaufen. Wir sollen uns im Dienste des Menschheitsfortschritts verdrängen lassen. Wir sollen als Volk und als Nation allmählich absterben und uns in einem höheren großen Ganzen auflösen.« (ebd.: Minute 23:50)

Ein weiterer zentraler Vorwurf an die Eliten lautet, dass sie auf die *Zerstörung der Geschlechteridentitäten* und damit auf die Vernichtung von Familie und Nation hinarbeiten. Unter Schlagworten wie »Genderismus« oder »Gender-Ideologie« wird alles subsumiert, was dem rechtspopulistischen Diskurs zufolge die tradierte Geschlechterordnung zersetzt: Feminismus, LGBTQIA+-Rechte, Rechte der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung, staatliche Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen, Sexualaufklärung an Schulen und die Frauen- und Geschlechterforschung/Gender-Studies an den Universitäten (Lang 2015; Paternotte/Kuhar 2018). Befürchtet wird, dass die Eindeutigkeit geschlechtlicher Identität und die Arbeitsteilung in der Familie, mit der Frau als Mutter und dem Mann als Haupternährer, ins Wanken geraten. Grundtatsachen der natürlichen Geschlechterordnung wie die Differenz und Komplementarität der Geschlechter seien in Frage gestellt (ebd.: 9). Das durch Liberalismus und Feminismus propagierte Selbstverwirklichungsstreben entwerte die Ideale von Mutterschaft und Familie. Die Liberalisierung reproduktiver Rechte erzeuge eine kinder- und damit lebensfeindliche Kultur und verschärfe die demographische Krise. Die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren, etwa im Ehe- und Adoptionsrecht, führe dazu, dass die traditionelle (heterosexuelle) Ehe und Familie ihre privilegierte Position verlieren und ihre Funktion für die kulturelle und biologische Reproduktion einbüßen. Durch Aufklärungsunterricht in der Grundschule würden Kinder zu früh sexualisiert; die »einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht« und »die ideologische Beeinflussung durch das ›Gender-Mainstreaming‹« mache sie »zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit« (AfD 2016: 54) und verunsichere sie in ihrer geschlechtlichen Identität.

Entscheidend ist nun, dass all diese Entwicklungen und Phänomene in diesem Strang des rechtspopulistischen Diskurses weniger als das Resultat von Emanzipationsbemühungen oder struktureller gesellschaftlicher Veränderungen, sondern primär als ein von der Elite erdachtes und durchgesetztes Herrschaftsprojekt verstanden werden. Besonders deutlich kommt das in der Charakterisierung des »Genderismus« als *Ideologie* zum Ausdruck. Zwei zentrale Bedeutungskomponenten des Wortes stehen dabei im Vordergrund: Ideologie zum einen im Sinne eines unwahren und unwissenschaftlichen Diskurses, der die natürliche Geschlechterordnung verfälscht. Hier wird vor allem den Gender-Studies die Wissenschaftlichkeit abgesprochen, wobei dem sozialwissenschaftlichen (De-)Konstruktivismus häufig die Methodik der Naturwissenschaften und die Erkenntnisse der Biologie entgegeng gehalten werden (Köhnen 2014). Zum anderen Ideologie im Sinne eines Diskurses, der ein politisches Herrschaftsinteresse durchsetzen und zugleich verschleiern soll (Scheele 2014). Hinter der Fassade der Wissenschaftlichkeit und der Rede von Gleichberechtigung verberge sich eine gefährliche totalitäre Weltanschauung, die dem Volk – also den Menschen mit »normalen« Vorstellungen von Familie und Geschlecht – »von oben« aufoktroyiert werden soll (Autor*innenkollektiv FE.IN 2019: 41–54). Vorangetrieben werde dieser Prozess von »radikalen Minderheiten« wie feministischen Zirkeln oder der »Homo-Lobby«, die als außerordentlich einflussreich imaginiert werden.

Der Topos von »Gender« als totalitärer Ideologie und Herrschaftsprojekt zieht sich durch den gesamten rechtspopulistischen Diskurs. Zu den häufigsten Formulierungen zählt etwa die Charakterisierung von »Gender« als »Indoktrination«, »ideologisches Experiment« und als Versuch einer »Umerziehung«. So heißt es etwa im Grundsatzprogramm der AfD: »Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch »korrigiert« werden.« Dies sei ein »Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder« (AfD 2016: 55; vgl. auch Lang 2015: 173). Um das totalitäre Potential von »Gender« zu verdeutlichen, werden immer wieder Vergleiche mit Faschismus und Marxismus angestellt (Paternotte/Kuhar 2018: 8).

Verbreitet sind auch pathologisierende Bezeichnungen, die eine Nähe zu psychischen Krankheiten oder Infektionen herstellen, im deutschsprachigen Rechtspopulismus etwa die Rede vom »Gender-Wahn« oder »Gender-Gaga« (vgl. dazu auch Korolczuk/Graff 2018).

Das langfristige Ziel der Eliten sei die Auflösung der Geschlechteridentitäten. Die Gender-Ideolog*innen, so die AfD-Politikerin Beatrix von Storch, »hatten und haben nur ein Ziel: sie wollen die Zweigeschlechtlichkeit grundsätzlich abschaffen.« (Storch 2018: 5989) Ihr »Kreuzzug gegen die Zweigeschlechtlichkeit« sei zugleich ein »Kreuzzug gegen die Biologie und die Natur des Menschen schlechthin.« (ebd.: 5989) Letztendlich gehe es um eine »ideologische Geschlechtsumwandlung« (Stögner 2017: 144) und die Erschaffung eines neuen »geschlechtslosen Menschen« (Stögner 2017; Frey 2014). Gegen die identitätszerstörende »Gender«-Politik der Eliten fordern die Rechtspopulist*innen eine Stärkung der Familie und eine Wiederherstellung des tradierten Geschlechterarrangements. Nur Ehe und Familie könnten »als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt« garantieren (AfD 2016: 40).

Einen weiteren Schwerpunkt des rechtspopulistischen Elitendiskurses bildet der Themenkomplex Wahrheit und Medien. Die Grundwahrnehmung ist, dass die Wahrheit über den Zustand der Welt in der Öffentlichkeit unterrepräsentiert ist oder verschwiegen wird. Verantwortlich dafür seien die Vertreter*innen der Medien – vor allem der »Mainstreammedien« Presse und Fernsehen –, aber auch Wissenschaftler*innen und andere öffentlichkeitswirksame Akteur*innen, deren Beschreibungen der Realität selektiv und tendenziös seien. Oftmals werde die Wahrheit einfach ausgeblendet oder es werde schlicht gelogen – eine Wahrnehmung, die durch Schlagworte wie »Lügenpresse« und »fake news« zum Ausdruck gebracht wird (Raden 2016). Die verheerenden Folgen der Migration, die Fehlentscheidungen während der Euro-Rettung, die Herrschaft von Brüssel über die souveränen Nationen seien Realitäten, die im öffentlichen Diskurs nicht thematisiert oder falsch dargestellt werden. Die Medien würden jedoch nicht nur den katastrophalen Zustand der Welt und die Machenschaften der Elite

verschleiern, sondern auch Unwahrheiten über all jene verbreiten, die Protest äußern und eine abweichende Meinung vertreten. Auf diese Weise werde der Widerstand des Volkes, den die Rechtspopulist*innen zu repräsentieren beanspruchen, delegitimiert.

Um zu erklären, warum die Medien die Wahrheit verschweigen oder die Unwahrheit sagen, werden vor allem zwei dominante Deutungsmuster herangezogen. Das *erste Deutungsmuster* besagt, dass Medienschaffende, Wissenschaftler*innen und andere den öffentlichen Diskurs prägende Akteur*innen zur Elite gehören und daher der herrschenden Ideologie verpflichtet sind. Zu ihrer Kennzeichnung haben sich im rechtspopulistischen Diskurs eine Reihe von Begriffen etabliert, von denen »Political Correctness« der vielleicht am weitesten verbreitete ist. Aus dem US-amerikanischen Antidiskriminierungsdiskurs stammend, wurde der Begriff seit Anfang der neunziger Jahre von Neokonservativen einem Bedeutungswandel unterzogen. Er beinhaltet die Vorstellung, dass es Gruppen gäbe, die die Macht haben, jenseits des Rechts Regeln zu formulieren, die festlegen, was gesagt werden darf und was nicht (Salzborn 2017: 18). Auf diese Weise würden Sprech- und Denkverbote etabliert, wobei moralische Verurteilungen das bevorzugte Sanktionsinstrument seien. Wer Kritik übe oder »unbequeme Wahrheiten« ausspreche, werde von den hypermoralischen Tugendwächtern des öffentlichen Diskurses zum Schweigen gebracht. In den Worten Donald Trumps: »Anyone who challenges their control is deemed a sexist, a racist, a xenophobe, and morally deformed.« (National Public Radio 2016: o.S.)

Das *zweite Deutungsmuster* radikalisiert die Idee einer Kontrolle der öffentlichen Meinung durch die Behauptung, dass die Medien und der öffentliche Diskurs unmittelbar politisch gesteuert werden. Die Medien werden dann als Zensur- und Propagandaanstalten beschrieben, die im Auftrag der Herrschenden die Öffentlichkeit manipulieren, die Wahrheit gezielt vertuschen und kritische Stimmen unterdrücken. Trump etwa bezeichnete im Präsidentschafts-Wahlkampf von 2016 den Sender CNN als »Clinton News Network«. Der Sender vertrete nicht nur die politische Agenda der Clintons, sondern werde direkt von ihnen beeinflusst.

»[T]he Clinton machine is [...] closely and irrevocably tied to the media organizations [...]. The reporters collaborate and conspire directly with the Clinton campaign on helping her win the election all over. [...] The most powerful weapon deployed by the Clintons is the corporate media, the press.« (National Public Radio 2016: o.S.)

Die Vorstellung einer unmittelbaren politischen Kontrolle der Öffentlichkeit findet auch in verschiedenen Passagen des AfD-Programms ihren Niederschlag. So heißt es etwa, die »Oligarchie« in den Parteien habe nicht nur »die Schalthebel der staatlichen Macht«, sondern auch die der »politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in den Händen.« (AfD 2017: 11) Die »Allmacht« der Parteien sei die Ursache »der freiheitsbeschränkenden ›politischen Korrektheit‹ sowie des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen.« (Ebd.: 12) Im Grundsatzprogramm der AfD ist zu lesen, dass Verstöße gegen die »Sprachverbote und Sprachregelungen«, die beim Thema Asyl und Einwanderung bestehen, »zu gesellschaftlicher Stigmatisierung, teilweise sogar zu beruflichen Nachteilen [führen]; diese Art von Umgang mit unangepassten Meinungen war in der Vergangenheit Merkmal totalitärer Staaten, aber nicht von freien Demokratien.« (AfD 2016: 58)

Gegenüber der moralisierenden Bevormundung durch »Political Correctness« und der totalitären Manipulation durch Staats-Propaganda sehen sich die Rechtspopulist*innen als die gesellschaftliche Kraft, die die Dinge beim Namen nennt und der unterdrückten Wahrheit wieder Geltung verschafft. Häufig wird die Wahrheit als etwas *Evidentes* dargestellt, das jedem, der über nüchternen Realitätssinn und »gesunden Menschenverstand« verfügt, unmittelbar zugänglich ist. Dass sie öffentlich nicht zur Geltung kommt, wird darauf zurückgeführt, dass sich die Mehrheit bisher noch nicht auszusprechen traut, was sie denkt, weil sie Sanktionen fürchtet. Rechtspopulistische Akteur*innen sehen sich dann als diejenigen, die »Mut zur Wahrheit« (AfD) aufbringen und als Vorkämpfer*innen der Meinungsfreiheit das aussprechen, was die »schweigende Mehrheit« ohnehin denkt. Manchmal wird die Wahrheit aber auch als etwas *Verborgenes* dargestellt, da

sie Vorgänge umfasst, die von den Eliten hinter den Kulissen geplant und durchgeführt und von den Medien vertuscht oder schöngeredet werden. In diesem Fall sehen sich rechtspopulistische Akteur*innen in der Rolle der Aufklärer*innen, die das ahnungslose und schlafende Volk »aufwecken«, indem sie es mit Wissen und Informationen versorgen (Butter 2018: 96; vgl. auch Uhlig 2017).

Wie wir gesehen haben, wird die Elite im rechtspopulistischen Diskurs für alle Entwicklungen verantwortlich gemacht, die zum Niedergang des Eigenen beitragen. Ihr wird vorgeworfen, die Wirtschaft zu korrumpieren, indem sie sie zur Selbstbereicherung nutze, statt das Allgemeinwohl zu mehren. Durch den Ausbau supra- und transnationaler Institutionen trage sie dazu bei, die Souveränität der Nationalstaaten und die Demokratie auszuhöhlen. Die fehlende Kontrolle der Grenzen, die Förderung von Massenmigration und die Ideologie des Multikulturalismus zerstöre die einheitliche Nationalkultur, führe zu Konflikten und schließlich zur Verdrängung des Eigenen. Durch die »Gender-Ideologie« werde die natürliche Geschlechterordnung und die bürgerliche Familie in Frage gestellt und damit letztendlich der Fortbestand der Nation gefährdet. Und die »Mainstreammedien« würden das Volk über all diese Entwicklungen täuschen und belügen, kritische Stimmen delegitimieren und damit zur Spaltung der Gesellschaft beitragen.

Aus der Beschreibung dieser Prozesse, die das Eigene bedrohen, lässt sich auf eine Idealvorstellung sozialer Ordnung schließen. Das Eigene, so wie es war und wieder werden sollte, wird als eine ethnisch und kulturell homogene Gemeinschaft auf Grundlage der heterosexuellen bürgerlichen Kleinfamilie imaginiert, die sich in einem souveränen Nationalstaat organisiert und über eine prosperierende Wirtschaft mit eigener Währung verfügt, die der Allgemeinheit dient. Wenn es darum geht, diesen Idealzustand des Eigenen konkreter zu beschreiben, wird häufig auf ein idealisiertes Bild der vergangenen fordistischen Epoche zurückgegriffen. Sie gilt in vielen Fällen als das »goldene Zeitalter«, die gute Ordnung, die der Rechtspopulismus wiederherzustellen verspricht, indem er die Herrschaft der Eliten bekämpft und die Krisen der Gegenwart überwindet. Im AfD-Grundsatzprogramm heißt es etwa, man wolle »an die Prinzipien und Wurzeln anknüpfen, die

[Deutschland] erst zu seinem Wirtschaftswunder und dann zu seinem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben.« (AfD 2016: 8)

Die rechtspopulistische Vorstellung von der guten Ordnung ist historisch und zugleich unhistorisch: historisch, insoweit Bilder und Schilderungen der fordistischen Epoche herangezogen werden, um sie zu illustrieren; unhistorisch, insoweit der Idealzustand der Gesellschaft in einer eigentümlichen Weise als zeitlos geschildert wird. In vielen Äußerungen wird der Eindruck erweckt, es gäbe so etwas wie einen Normalzustand der Gesellschaft, der in der Vergangenheit verortet wird. Dabei wird suggeriert, dass die Gesellschaft *im Grunde* immer schon diesem Normalzustand entsprochen habe und dass dieser Zustand *prinzipiell* stabil sei, die Gesellschaft also immer so bleiben könne. Die historische Veränderung, die die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, wird dann als eine Abweichung von der Normalität interpretiert, für die die Elite verantwortlich gemacht wird.

3.2.2 Ohnmacht versus Übermacht: Der Widerspruch im Elitenbild

Betrachtet man die Themen und Motive des rechtspopulistischen Elitendiskurses im Ganzen, stößt man auf einen bemerkenswerten Gegensatz. Es lassen sich idealtypisch zwei Erzählungen unterscheiden, warum und auf welche Weise die Eliten an der Zerstörung des Eigenen beteiligt sind. Dabei werden den Eliten jeweils unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Motive, Eigenschaften und Handlungsweisen zugeschrieben. In der *ersten Deutungsvariante* erscheinen die gesellschaftlichen Entwicklungen, die das Eigene bedrohen, als komplexe nicht-intendierte Prozesse, die durch politische Fehlentscheidungen der Elite mitverursacht wurden oder auf die sie politisch falsch reagieren. Als Grund für das politische Versagen der Elite wird ihre Unfähigkeit, ihre Ohnmacht oder ihr ideologisches Weltbild angegeben. In der *zweiten Deutungsvariante* werden die bedrohlichen Entwicklungen hingegen als Prozesse verstanden, die von der Elite bewusst geplant und umgesetzt wurden. Während die Eliten in der ersten Erzählung dem Eige-

nen schaden, weil sie es nicht besser können oder nicht besser wissen, ist die Zerstörung des Eigenen in der zweiten Erzählung erklärte Absicht. Diese gegensätzlichen Weisen, das Handeln der Eliten zu deuten, lassen sich in allen Themenfeldern des rechtspopulistischen Diskurses wiederfinden. Ich möchte das kurz an zwei Beispielen verdeutlichen:

Der Abschnitt zu Familie im AfD-Grundsatzprogramm beginnt mit einer Feststellung: »Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren.« (AfD 2016: 41) Gründe dafür seien die übermäßige »Betonung der Individualität«, ein »falsch verstandener Feminismus«, der Frauen nur im Erwerbsleben, nicht aber in der Mutterrolle schätze, und das »Gender-Mainstreaming«, das eine Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen propagiere. Auch wenn mit »Feminismus« und »Gender-Mainstreaming« zwei Faktoren benannt werden, die zum Bedeutungsverlust der Familie beitragen, erscheinen sie in diesem Kontext als allgemeine kulturelle Phänomene, die keinem konkreten Akteur oder Interesse zugeordnet werden. Besonders die zunehmende »Betonung der Individualität« scheint einer allgemeinen und anonymen gesellschaftlichen Entwicklung zu entspringen. Es handelt sich hier also um die erste Deutungsvariante. Zur zweiten Deutungsvariante zählen die bereits ausführlich dargestellten Narrative, die »Gender« als eine von oben aufoktroyierte totalitäre Ideologie und Umerziehungsmaßnahme verstehen, mit deren Hilfe die Eliten die natürlichen Geschlechteridentitäten, die Familie und damit die Grundlage der Nation zu zerstören trachten.

Auch beim Thema Migration finden sich beide Deutungsvarianten. So heißt es im AfD-Programm, die Regierungsparteien setzen zur Kompensation der demographischen Entwicklung auf eine »von Bedarf und Qualifikation abgekoppelte Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten.« (ebd.: 42). Das sei aber keine Lösung für das Problem, da die meisten Migrant*innen ungebildet und unproduktiv seien. Der Regierung wird also vorgeworfen, auf das Problem der demographischen Entwicklung, die hier als ein nicht-intendierter sozialer Prozess verstanden wird, mit einer falschen Politik zu reagieren. An anderer Stelle behauptet Alexander Gauland, Angela Merkel hätte auf dem Höhepunkt der »Flüchtlingskrise« mit »Nichthandeln« und

»Laufenlassen« auf die Situation reagiert. Demokratie und Selbstbestimmung könnten sich aber nur in einem durch Grenzen geschützten Nationalstaat entfalten, nicht im »Luftreich des Traums der Vereinigten Staaten von Europa.« (Gauland 2017: 399) In beiden Beispielen erscheint die politische Elite unfähig, adäquat auf ein gesellschaftliches Problem zu reagieren. Im Falle der demographischen Entwicklung ist die gewählte Lösung die falsche. Bei Gauland wird die Elite als gänzlich handlungsunfähig dargestellt. Die Formulierung vom »Luftreich des Traums der Vereinigten Staaten von Europa« legt nahe, dass eine naive und realitätsfremde Weltsicht der Grund sein könnte. Ganz anders stellt sich die Migrationspolitik im zweiten Deutungsmuster dar. Hier gilt die Aufnahme von Geflüchteten als eine »multikulturelle Revolution von oben, die die Geschichte unseres Volkes beenden soll« (Höcke 2016b: o.S.) und »Masseneinwanderung [als] Teil eines globalen Zerstörungsfeldzuges gegen *alle* Völker und Kulturen« (Sellner 2016: 192). Migrationsbewegungen erscheinen hier nicht als soziale Prozesse, die von vielfältigen Faktoren abhängen, sondern als eine Waffe in den Händen der Elite, die bewusst und gezielt eingesetzt wird, um das Eigene auszulöschen.

Beide Beispiele zeigen, dass die Elite in der *ersten Deutungsvariante* als passiv, schwach, ohnmächtig und naiv imaginiert wird. Sie macht die falsche Politik, weil sie ideologisch verblendet oder schlicht uninformiert und unfähig ist. Eine solche Beschreibung von Regierungen oder politischen Kontrahent*innen ist nicht ungewöhnlich und bewegt sich im Rahmen der normalen politischen Auseinandersetzung in parlamentarischen Demokratien. Auch die Forderungen, Vorwürfe und Argumente, die sich aus dieser Deutung ableiten, bewegen sich im gewohnten Rahmen: Eine schlechte Familien- oder Migrationspolitik soll durch eine bessere ersetzt werden. In der *zweiten Deutungsvariante* erscheint die Elite hingegen nicht nur als mächtig, sondern als geradezu übermächtig. Sie handelt nicht aus Unwissenheit und Verblendung, sondern absichtsvoll und planmäßig. Dabei wird der Elite eine Machtfülle zugeschrieben, die es ihr erlaubt, über den gegebenen institutionellen Rahmen demokratischer Politik hinauszugehen. Das zeigt sich etwa in der Vorstellung, die Elite würde – nicht punktuell, sondern dau-

erhaft und routinemäßig – außerhalb und gewissermaßen *oberhalb* des geltenden Rechts operieren.¹⁴ Auch in der Vorstellung, dass die Eliten ein totalitäres System errichtet haben, in dem sie nicht nur das gesamte gesellschaftliche Leben, sondern auch die Medien und die Wahrheit kontrollieren, artikuliert sich die ihnen zugeschriebene Übermacht. Im deutschen Rechtspopulismus werden regelmäßig Vergleiche zwischen der Gegenwart und der Situation in der DDR oder im Nationalsozialismus gezogen. Der osteuropäische Rechtspopulismus vergleicht die EU-Institutionen mit der Kommunistischen Internationale.

Der Überfülle an Macht entspricht in diesem Deutungsmuster ein Übermaß an moralischer Verdorbenheit. Wie Donald Trump in einer Rede ausführt, ist das korrupte Establishment

»the greatest power behind the efforts at radical globalization and the disenfranchisement of working people. Their financial resources are virtually unlimited, their political resources are unlimited, their media resources are unmatched, and most importantly, the depths of their immorality is absolutely unlimited.« (National Public Radio 2016: o.S.)

In der zweiten Deutungsvariante lassen sich die Motive der Elite nicht mehr einfach mit Naivität und ideologischer Verblendung erklären. Wenn Politiker*innen nicht nur schlechte Politik machen, sondern die Ausbeutung, diktatorische Unterjochung und Vernichtung des eigenen Volkes zum Ziel haben, kann nur schiere Bösartigkeit und Hass auf das Eigene dahinterstecken. Die Elite erscheint dann als Personifikation des Bösen.

Eine Karikatur mit dem Titel »Geplante Massenmigration«, die von der AfD Salzgitter im Internet verbreitet wurde, zeigt vier prominente Vertreter*innen der globalistischen Elite, die sich bei einem Glas Sekt darüber austauschen, was sie jeweils zur Massenmigration beigetragen

14 Beispiele hierfür sind etwa die von der AfD im Zusammenhang mit der Migrationspolitik der Regierung Merkel immer wieder verwendete Formulierung von der »Herrschaft des Unrechts« oder die von Donald Trump während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 unermüdlich wiederholte Behauptung, Hillary Clinton sei kriminell und müsse eingesperrt werden.

haben.¹⁵ Merkel erzählt Erdogan, dass sie das Grundgesetz gebrochen und Hunderttausende unkontrolliert über die Grenze gelassen habe. Georg Soros berichtet Obama, dass er die Schlepper finanziert, die Migranten illegal nach Europa schleusen. Im Zentrum des Bildes steht der Teufel mit einem breiten Grinsen, der die vier Globalisten mit weit ausgebreiteten Armen umschließt. In seiner Sprechblase steht: »... und ich hätt's nicht besser hingekriegt!« Auch wenn diejenigen, die eine solche Karikatur erstellen und verbreiten, auf eine humoristische Intention und auf die Absicht der Zuspitzung verweisen könnten, lässt sich an ihr doch gut zeigen, dass das rechtspopulistischen Elitennarrativ seiner inneren Logik nach auf eine Dämonisierung hinausläuft. Wenn sich die Eliten aller Länder tatsächlich zusammentun, um durch geplante Massmigration die Völker dieser Welt auszulöschen, wie lässt sich das anders erklären als durch eine Börsartigkeit von metaphysischer Qualität?

Der Glaube an die Existenz einer bösen Elite stellt die Gegenwart und Zukunft in ein apokalyptisches Licht. Die Stärke des Feindes, die Abgründigkeit seiner Motive und die Heftigkeit des Angriffs lassen drastische Gegenmaßnahmen notwendig und legitim erscheinen. Wenn die Eliten die Demokratie angreifen oder gar auf die Errichtung einer Diktatur hinarbeiten, dann ist das erste Gebot die »Verteidigung der Demokratie in Deutschland« (so die Überschrift des ersten Kapitels des AfD-Bundestagswahlprogramms 2017); wenn sie bereits eine totalitäre Herrschaft errichtet haben, dann ist man zum »Widerstand« verpflichtet. Bei Trump wird aus dem Wahlkampf ein »struggle for the survival of our nation«, die Wahl zur »last chance to save it« (National Public Radio 2016). Aus politischen Gegnern werden Feinde, die es zu bekämpfen und zu besiegen gilt. Aus der parlamentarischen Auseinandersetzung wird »Krieg« (Gauland). Die Eliten, so Martin Sellner, führender Aktivist der *Identitären Bewegung*, müssen »selbst ausgetauscht werden, bevor sie ihr Volk austauschen.« (Sellner 2016: 208)

15 Die Karikatur ist dokumentiert unter: <https://www.belltower.news/antisemitischer-hass-auf-soros-als-gemeinsamer-nenner-der-internationalen-rechten-47790/> (zuletzt geprüft am 23.04.2022).

Der rechtspopulistische »Widerstand« richtet sich jedoch nicht nur gegen die Elite als Gruppe, sondern auch gegen die von ihr erschaffenen *Institutionen* (Strobl 2021: 91-109). Die supranationalen ökonomischen und politischen Institutionen sollen grundlegend neu organisiert oder ganz abgeschafft werden, um dem Volk und seinem Staat die Souveränität zurückzugeben. Die Macht der »Mainstreammedien« müsse gebrochen werden, um der Wahrheit wieder Gehör zu verschaffen. Die Migrations- und Familienpolitik soll grundlegend geändert werden, um die »Invasion« der Fremden zu stoppen und den Fortbestand der Nation zu sichern.

Nimmt man die eben skizzierte paranoide Dimension des rechtspopulistischen Elitendiskurses und die damit verbundene Widerstands- und Umsturzrhetorik ernst, muss die in der sozialwissenschaftlichen Debatte verbreitete Charakterisierung des (Rechts-)Populismus als »traditionalistische[r] Widerstand« (Streeck 2017: 271) oder konservative Bewegung in Zweifel gezogen werden (vgl. etwa Priester 2007: 14, 34; Jörke/Selk 2017: 74). Zwar bezeichnen sich viele seiner Anhänger*innen selbst als konservativ und es gibt ein starkes konservatives Moment, insofern das Bild einer guten Ordnung aufgerufen wird, die es zu bewahren oder wiederherzustellen gilt. Im Gegensatz zum bürgerlichen Konservatismus, wie er sich in den westlichen Demokratien der Nachkriegszeit etabliert hat, stellt sich der Rechtspopulismus jedoch nicht auf den Standpunkt des Bestehenden und seiner Institutionen. Die Gesellschaft der Gegenwart scheint sich in seiner Perspektive bereits so weit von der guten Ordnung entfernt zu haben, dass eine ausschließlich bewahrende Haltung nicht ausreicht. Ziel ist daher, bestehende Institutionen entweder abzuschaffen oder grundlegend umzugestalten, um die gute Ordnung wiederherstellen zu können. Dieses *revoltierende*, gegen den Status Quo gerichtete Moment unterscheidet den gegenwärtigen Rechtspopulismus von den etablierten konservativen Parteien.

Eine zweite Konsequenz, die aus der Rekonstruktion des rechtspopulistischen Elitenbildes zu ziehen ist, lautet, dass eine realistische Interpretation im oben erläuterten Sinne nicht greift (vgl. 2.4). Was den Eliten in der paranoiden Version des Elitennarrativs an Merkma-

len, Motiven und Verhaltensweisen zugeschrieben wird – nämlich aus reiner Bösartigkeit mittels Geldes, Macht und Medien die planmäßige Ausbeutung, Unterjochung und Vernichtung des eigenen Volkes zu betreiben –, hat mit dem Handeln realer Eliten nichts zu tun. Es kann daher nicht plausibel aus einem wie auch immer gearteten realen Konflikt erklärt werden – sei es ein ökonomischer zwischen Klassen oder ein kultureller zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen. Damit stellt sich die Frage, wie die zum Teil gänzlich von der Realität abgekoppelten, phantasmatischen Zuschreibungen, Bilder und Narrative zustande kommen. Was ist der subjektive und soziale Sinn der Vorstellung von der übermächtigen und bösen Elite? Welche gesellschaftlichen Ursachen liegen ihr zugrunde?

3.2.3 Konspirationismus und Antisemitismus

Um das paranoide Elitenarrativ des Rechtspopulismus zu charakterisieren, ziehen Wissenschaft und Medien häufig den Begriff der Verschwörungstheorie heran. Wie Michael Butter (2018: 170) ausführt, seien die Gründe für die enge Verbindung zwischen Populismus und Konspirationismus jedoch kaum systematisch untersucht. Verschwörungstheorien behaupten, so Butter, »dass eine im Geheimen operierende Gruppe, nämlich die Verschwörer, aus niederen Beweggründen versucht, eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu kontrollieren oder zu zerstören.« (Butter 2018: 21) Darüber hinaus ist das Verschwörungsdenken von den Grundannahmen geprägt, dass nichts durch Zufall geschehe, dass nichts so sei, wie es scheint und dass alle Ereignisse miteinander verbunden seien (ebd.: 22). Wesentlich ist die Vorstellung von *Intentionalität*: alle wichtigen Ereignisse in der Welt sollen auf das absichtsvolle Handeln der Verschwörer-Gruppe zurückzuführen sein (ebd.: 22f., 59).

Butter weist darauf hin, dass Verschwörungstheorien in ihrem Versuch, Zusammenhänge zwischen Ereignissen zu entdecken, sie systematisch zu belegen und auf menschliches Handeln zurückzuführen, auf den ersten Blick viel mit einer wissenschaftlichen Vorgehensweise gemeinsam haben (ebd.: 61f.). Allerdings gibt es zwei wesentliche

Unterschiede: Im Gegensatz zur Wissenschaft, die am Ideal der Widerspruchsfreiheit orientiert ist, hat das Verschwörungsdenken zum einen kein Problem mit widersprüchlichen Behauptungen. Das gilt sowohl für Widersprüche innerhalb eines bestimmten Verschwörungsnarrativs, als auch für Widersprüche zwischen unterschiedlichen Verschwörungstheorien. Zum anderen zielt Wissenschaft mit ihren Theorien und empirischen Methoden auf Wahrheit, also auf eine möglichst adäquate Beschreibung der Realität, während die von Konspirationisten behaupteten Verschwörungen nicht existieren. Butter nennt drei Merkmale, durch die sich Verschwörungen, die in konspirationistischen Narrativen beschrieben werden, von möglicherweise realen Verschwörungen unterscheiden lassen (ebd.: 36-38): *Erstens* erstrecken sich die Verschwörungen in den konspirationistischen Erzählungen in der Regel über einen langen Zeitraum, betreffen eine Vielzahl von Ereignissen und Prozessen und unterstellen eine große Zahl an Beteiligten. Eine Verschwörung dieser Größenordnung zu planen und durchzuführen und dabei auch noch geheim zu halten, erscheint mehr als unwahrscheinlich. *Zweitens* gehen die Verschwörungsnarrative davon aus, dass es keine Interessengegensätze zwischen den Beteiligten gibt. Selbst wenn Einzelne oder Gruppen die Macht und die Ressourcen hätten, eine großangelegte Verschwörung zu organisieren, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass sich alle Beteiligten in ihrem Handeln dem großen Plan unterordnen. *Drittens* liegt dem Verschwörungsdenken die Annahme zugrunde, dass sich umfassende soziale Prozesse intentional planen lassen. Alles, was geschieht, entspricht genau den Absichten der Verschwörer*innen, die in ihrem Plan scheinbar keinen Faktor unberücksichtigt gelassen haben und auf jede Möglichkeit vorbereitet waren. Gegenüber einer solchen Vorstellung von Intentionalität und Handlungsmacht zählt es zu den Grundeinsichten der Sozial- und Geschichtswissenschaften, dass komplexe soziale Prozesse immer auch das Resultat nicht-intendierter Handlungsfolgen darstellen.

Es ist deutlich, dass sich alle hier aufgeführten Merkmale von Verschwörungstheorien im rechtspopulistischen Elitenarrativ wiederfinden lassen. Die verschiedenen Fraktionen der Elite teilen dieselben Intentionen und Interessen und verfolgen über einen langen Zeitraum

den Plan, das Volk zu beherrschen und letztendlich zu vernichten. Dennoch geht Butter nicht davon aus, dass ein notwendiger Zusammenhang zwischen Populismus und Verschwörungstheorien existiert. Vielmehr erklärt er die Affinität des Populismus zu Verschwörungstheorien aus Parallelen, die sich zwischen beiden Denkformen feststellen lassen (ebd.: 172-177). Populist*innen wie Konspirationist*innen stehen der Elite misstrauisch gegenüber und neigen dazu,

»das politische Feld radikal zu vereinfachen, indem sie die Zahl der Akteure extrem reduzieren. Beide lehnen die Annahme ab, dass es in einer modernen Demokratie eine Vielzahl von Akteuren gibt, deren Interessen und Intentionen sich teilweise widersprechen, teilweise aber auch überlappen. Für den Populismus dreht sich alles um den Konflikt zwischen Elite und Volk, für den Verschwörungstheoretiker um den Gegensatz von Verschwörern und ihren Opfern.« (ebd.: 175)

Butter zufolge sind Verschwörungstheorien immer populistisch, umgekehrt gelte das jedoch nicht. Für den Populismus sind Verschwörungstheorien nur eine von mehreren Möglichkeiten, das Handeln der Eliten zu interpretieren. Das stimmt mit der oben dargestellten Beobachtung überein, dass sich zwei Deutungsvarianten des Elitenhandelns unterscheiden lassen: eine, die sich an eher realistischen Beschreibungen orientiert und der Elite vor allem Schwäche vorwirft und eine, die die Elite als übermächtig imaginiert und als konspirationistisch charakterisiert werden kann.

Dennoch bestimmt Butter das Verhältnis zwischen Populismus und Konspirationismus zu äußerlich. Das konspirationistische Moment tritt nicht zufällig zum rechtspopulistischen Elitendiskurs hinzu, sondern ist strukturell in ihm angelegt. Zeigen lässt sich das daran, dass die beiden gegensätzlichen Deutungsweisen des Elitenhandelns im selben Diskurs nicht nur problemlos nebeneinanderstehen, ohne dass jemand daran Anstoß nimmt, sondern auch unvermittelt ineinander übergehen können. Illustrieren möchte ich das anhand zweier Passagen aus Reden von führenden AfD-Politiker*innen.

Die erste stammt aus einer Bundestagsrede von Alexander Gauland, die sich mit der Bundeswehr beschäftigt. Nachdem Gauland den

schlechten Zustand der Bundeswehr kritisiert hat, fügt er hinzu: »Ich bin mir nur nicht im Klaren, ob Frau von der Leyen nun eine besonders erfolgreiche oder besonders miserable Ministerin war. Das hängt immer davon ab, welches Ziel sie eigentlich vor Augen hatte. Wenn es darum ging, Deutschland wehrlos zu machen, war sie die Beste.« (Gauland 2018b: 4691f.) Gauland sagt explizit, dass sich die Situation auf zweierlei Weise deuten lässt. Entweder ist die Bundeswehr in einem schlechten Zustand, weil von der Leyen eine »miserable Ministerin« ist, also inkompetent und schwach, oder aber sie lässt die Bundeswehr absichtlich verfallen, um Deutschland wehrlos zu machen. Gauland lässt rhetorisch in der Schwebe, welche Deutung er für plausibler hält, die Reihenfolge macht aber deutlich, dass er die konspirationistische favorisiert.

Ein ähnlicher Übergang von der ersten zur zweiten Deutungsvariante findet sich in einer Rede von Alice Weidel:

»Deutschland ist schon lange ein grenzenloses Einwanderungsland für Unqualifizierte und ein Auswanderungsland für Hochqualifizierte geworden. Und was tun Sie dagegen? [...] Die Bürger scheinen Ihnen vollkommen egal zu sein. Sie wollen sich darauf beschränken, den Niedergang unseres Landes zu verwalten, teilweise haben wir den Eindruck, dass Sie ihn sogar befeuern. Aber das wird wohl Ihrem Wertekanon entsprechen. Wenn eine Bundestagsvizepräsidentin einem Transparent hinterherrennt, auf dem steht ›Deutschland, du mieses Stück Scheiße‹, und alle das hier mittragen, indem sie zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt wird – ich spreche von Claudia Roth –, dann muss man sich über nichts mehr wundern hier in diesem hohen Haus.« (Weidel 2018: o.S.)

Weidel charakterisiert die Migration als einen gesellschaftlichen Prozess, der sich negativ auf das Land auswirkt, für den aber, wie die Passivkonstruktion zum Ausdruck bringt, niemand Konkretes verantwortlich zu machen ist. Die Regierung wird als schwach und passiv dargestellt, weil sie nichts gegen die Entwicklung tut und sich darauf beschränkt, »den Niedergang unseres Landes zu verwalten«. Dann aber wechselt Weidel in das konspirationistische Deutungsmuster und äu-

ßert den Verdacht, dass die Herrschenden den Niedergang bewusst vorantreiben. Während Gauland offen lässt, warum eine Verteidigungsministerin absichtlich die »Wehrlosigkeit« ihres Landes herbeiführen sollte, spekuliert Weidel explizit über Deutschlandfeindlichkeit als Motiv, indem sie einen Zusammenhang zwischen einem Demo-Transparent und dem »Wertekanon« der Regierungsparteien konstruiert. Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild: weil die Regierungsparteien Deutschland hassen, »befeuern« sie absichtlich seinen Niedergang, indem sie die Einwanderung Unqualifizierter fördern. Sowohl Weidel als auch Gauland bieten beide Deutungen des Elitenhandelns – schwache oder übermächtige Elite – an, legen dann aber die konspirationistische nahe.

Das Elitenbild des Rechtspopulismus ist also in sich gebrochen; es scheint jederzeit von der einen in die andere Variante kippen zu können. Es handelt sich hier nicht nur um zwei alternative und zufällig im selben Diskurs vereinte Deutungsmuster, sondern, wie ich weiter unten noch ausführen werde, um einen konstitutiven Widerspruch *innerhalb* des rechtspopulistischen Weltbildes (vgl. 4.5). Das rechte Denken unterliegt einer inneren Dynamik, die es von einer realitätsgerechten Deutung nach und nach immer mehr zu einer mythologischen Weltdeutung treibt, zu einem Denken, das sich zunehmend von der empirischen Realität abkoppelt und dessen Sinngehalt sich nicht mehr unmittelbar, sondern nur durch eine theoretische Reflexion auf seine subjektiven und gesellschaftlichen Voraussetzungen und Funktionen verstehen lässt.

Vom Begriff der Verschwörungstheorie, wie er von Butter und anderen vertreten wird, führt eine Spur zum Antisemitismus, der zu folgen für das Verständnis des rechtspopulistischen Elitennarrativs und des Rechtspopulismus insgesamt aufschlussreich ist. Der moderne Antisemitismus beinhaltet, wo er nicht nur als isoliertes Stereotyp, sondern als Weltdeutungsmuster auftritt, immer eine Verschwörungstheorie: den Jüdinnen und Juden wird vorgeworfen, einen geheimen Plan zur Zerstörung der Völker zu schmieden (Holz 2005; Weyand 2016). Weniger klar ist hingegen, ob im Umkehrschluss bei allen Verschwörungstheorien eine Nähe zum Antisemitismus vermutet werden kann.

Wie ist also das Verhältnis von Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Rechtspopulismus im Allgemeinen, dem rechtspopulistischen Elitennarrativ im Speziellen zu fassen?

Eine verbreitete Einschätzung lautet, dass Antisemitismus im gegenwärtigen Rechtspopulismus nur noch eine untergeordnete Rolle spielt (Hafez 2014). Es sei geradezu ein Merkmal des Rechtspopulismus, das ihn vom Rechtsextremismus abgrenze und eine Bedingung für seinen zunehmenden Erfolg darstelle, dass er sich deradikalisiert (Jörke/Selk 2017: 40f.). Dazu gehöre auch die Abkehr vom Antisemitismus. Als exemplarisch gilt hier die Entwicklung des *Rassemblement National* (ehemals *Front National*): gehörte Antisemitismus unter Jean-Marie Le Pen noch zum guten Ton, so wird er von Marine Le Pen scharf zurückgewiesen; antisemitische Vorfälle innerhalb der Partei werden sanktioniert. Auch in den Programmen und offiziellen Äußerungen der meisten anderen rechtspopulistischen Parteien finden sich kaum offen antisemitische Aussagen. Vielfach lassen sich sogar positive Bezugnahmen auf die jüdische Kultur und Israel beobachten. So werden die »jüdisch-christlichen Werte« Europas beschworen, die es gegen »den Islam« zu verteidigen gelte und Israel wird als heldenhafter Außenposten der Zivilisation inmitten der »barbarischen« islamischen Welt gefeiert. Auch werden regelmäßig antisemitische Äußerungen aus muslimischen und migrantischen Milieus kritisiert. Wie unschwer zu erkennen ist, steht diese vorgebliche Antisemitismuskritik und Israelsolidarität im Kontext des Diskurses, den ich oben als liberalen Rassismus bezeichnet habe. Zudem kann dahinter die strategische Absicht vermutet werden, den Verdacht, antisemitisch zu sein, zu zerstreuen, um auch für bürgerlich-liberale Milieus wählbar zu bleiben (Grimm/Kahmann 2017; Holz/Haury 2021; Zúquete 2016).

Diese Abwesenheit eines offenen Antisemitismus im Rechtspopulismus und seine Fokussierung auf den Islam, hat einige Sozialwissenschaftler*innen zu der Einschätzung geführt, dass das Feindbild »Muslim« das antisemitische Feindbild »Jude« weitgehend ersetzt habe (Hafez 2014; Zúquete 2016). Ich halte diese These aus zwei Gründen für falsch. Zum einen gibt es wesentliche Unterschiede zwischen Antisemitismus und (antimuslimischem) Rassismus, die darauf schließen

lassen, dass sie unterschiedliche Bedürfnisse bedienen und nicht einfach austauschbar sind. Während den Fremden im Rassismus vorgeworfen wird, gemessen an den Normen kapitalistischer Subjektivität »minderwertig« zu sein, wird Jüdinnen und Juden im Antisemitismus zugeschrieben, über zu viel Macht, Geist, Geld, kurz: ein Übermaß an Subjektivität zu verfügen. Ich werde auf diese Differenz im vierten Kapitel ausführlicher eingehen (vgl. 4.5). Zum zweiten lässt sich feststellen, dass antisemitische Stereotype im Rechtspopulismus nach wie vor zentral sind, auch wenn kaum offen von »den Juden« gesprochen wird. Denn die Zuschreibungen und Narrative, die sich mit der Figur der Elite verbinden, weisen zahlreiche Übereinstimmungen mit dem Antisemitismus auf. Es ist mehr als erstaunlich, dass dieser Zusammenhang, von wenigen Ausnahmen abgesehen (Holz/Haury 2021: 305-350; Rensmann 2021), in der öffentlichen und akademischen Debatte um den (Rechts-)Populismus keine Rolle spielt. Mir geht es im Folgenden darum, die Übereinstimmungen zwischen rechtspopulistischem Elitenbild und Antisemitismus nachzuweisen. Im Anschluss daran werde ich die These vertreten, dass das rechtspopulistische Elitenbild als *strukturell antisemitisch* bezeichnet werden kann und als eine Ersatzbildung für den delegitimierte manifesten Antisemitismus fungiert.

Ich knüpfe an das von Klaus Holz (2005, 2010) entwickelte hermeneutische Verständnis von Antisemitismus an. Holz zeigt in seiner systematischen Rekonstruktion des modernen Antisemitismus zum einen, dass dieser sich nicht auf ein jüdenfeindliches Fremdbild reduzieren lässt, sondern immer mit einem kollektiven Selbstbild verknüpft ist. Mit den antisemitischen Aussagen über »die Juden« soll zugleich etwas über das Eigene ausgesagt werden, das als Nation bestimmt wird. Der moderne Antisemitismus ist demnach ein nationaler Antisemitismus. Zum zweiten zeigt Holz, dass sich die antisemitischen Selbst- und Fremdbildkonstruktionen nicht über isolierte Stereotype, Zuschreibungen und Bilder fassen lassen, sondern über semantische Strukturen und die ihnen zugrundeliegenden Konstruktionsregeln. Diese Konstruktionsregeln lassen einen weiten Spielraum für neue Bedeutungselemente und Kombinationen, so dass sich der Antisemitismus an unterschiedliche gesellschaftliche und historische Kontexte

anpassen und zahlreiche Varianten bilden kann (Weyand 2016). Die Bestimmung des Antisemitismus über seine Regelstruktur ermöglicht es, sowohl seine Einheit begrifflich zu fassen als auch verschiedene Typen zu unterscheiden.

Ausgehend von der Analyse historisch einflussreicher antisemitischer Texte arbeitet Holz drei Konstruktionsregeln für die antisemitische Selbstbild-Fremdbild-Relation heraus. Erstens werden »die Juden« im Antisemitismus mit Macht assoziiert und als *Täter* beschrieben, während das eigene Kollektiv als *Opfer* der jüdischen Verschwörung dargestellt wird (Holz 2005: 27-30; Holz 2010: 159f.). Auf diese Weise lassen sich anonyme gesellschaftliche Prozesse als intentionale Handlungen interpretieren. Die antisemitische Agitation erscheint als nationale Selbstverteidigung gegen die jüdische Aggression. Zweitens beruht der Antisemitismus immer auf der Dichotomie zweier antagonistischer Vorstellungen des Sozialen: *Gesellschaft* und *Gemeinschaft* (Holz 2010: 218-225). Gemeinschaft bezeichnet ein Kollektiv, dessen Mitglieder durch geteilte Traditionen, Werte und Charaktereigenschaften verbunden sind und das durch Selbstgenügsamkeit, Homogenität, Unmittelbarkeit charakterisiert ist. Gesellschaft hingegen bezeichnet eine Form des Sozialen, die durch innere Heterogenität und vermittelnde Instanzen wie Geld, Macht und Medien charakterisiert ist. Das Gegensatzpaar Gesellschaft/Gemeinschaft ist Grundlage einer bestimmten Form von konservativer Gesellschaftsdiagnose und Modernekritik. Diese geht davon aus, dass Gemeinschaft durch Gesellschaft zerstört wird. Der Antisemitismus ordnet die Wir-Gruppe dem Sozialmodell Gemeinschaft zu, während Jüdinnen und Juden als Personifizierung der zersetzenden Prinzipien von Gesellschaft gelten. Damit bietet der Antisemitismus ein Erklärungsmodell für die anonymen Zwänge und Krisenerscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft. Er ist das »Zerrbild einer Gesellschaftstheorie« (Rürup 1975: 91), eine fetischistische Form des Antikapitalismus (Postone 2005).

Drittens schreibt der Antisemitismus der Eigengruppe Identität zu, während er »die Juden« durch Nicht-Identität, genauer: eine paradoxe *nicht-identische Identität* bestimmt sieht (Holz 2010: 225-237). Einerseits werden Jüdinnen und Juden, analog zur Eigengruppe, als ontologisches

und ethnisches Kollektiv verstanden¹⁶; andererseits wird ihnen abgesprochen, eine stabile und vollwertige Identität ausbilden zu können. »Die Juden« seien nicht »verwurzelt«, unfähig zu produktiver Arbeit, könnten keine Kultur erschaffen und keine Staaten bilden. Ihre Identität ist Nicht-Identität. Diese Vorstellung äußert sich insbesondere in der Idee der ambivalenten Zugehörigkeit, der zufolge »die Juden« weder dem eigenen noch einem fremden Kollektiv eindeutig zuzuordnen seien. Während sich die Welt in der nationalen Weltsicht in klar abgrenzbare Gruppen unterteilen lässt (Nationen, Rassen), wodurch stabile Selbst- und Fremdbilder erzeugt werden können, stehen Jüdinnen und Juden für ein *Drittes*, das die Möglichkeit von Eindeutigkeit bestreitet und Unterschiede zu verwischen droht (Holz 2005: 30-37). Der Nationalismus fordert Identität, das antisemitische Judenbild erklärt das Scheitern von Identität. »Die Juden« sind im Antisemitismus keine Nation neben anderen, sondern Anti-Nation, keine fremde Rasse, sondern »Gegenrasse, das negative Prinzip als solches« (Horkheimer/Adorno 2008: 177; vgl. auch Geulen 2004: 196-215). Sie erscheinen daher nicht nur als Bedrohung für das eigene Volk, sondern für alle Völker auf der Welt.

Die von Holz herausgearbeiteten Strukturmerkmale des Antisemitismus lassen sich allesamt im rechtspopulistischen Elitenarrativ nachweisen. Im Grunde werden »die Juden« lediglich durch die Figur der »globalistischen Elite« ersetzt. Die Elite wird als kleine und äußerst mächtige Gruppe gedacht, die planvoll, über lange Zeiträume hinweg und zumindest teilweise im Verborgenen agiert. Opfer ist das Volk, das von der Elite ausgebeutet und beherrscht wird. Auch die Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft wurde bereits ausführlich thematisiert. Das Volk wird als Gemeinschaft gedacht, also als Gruppe von Menschen, die sich am Allgemeinwohl orientieren

16 Ontologisierung meint, dass einer Gruppe eine Wesensidentität zugeschrieben wird, die sich durch alle historischen Veränderungen hindurch erhält. Ethnisierung meint, dass die Zugehörigkeit eines Individuums zu einer Gruppe durch Geburt festgelegt ist und nicht anders erworben werden kann. Die Gruppe erscheint als Abstammungsgemeinschaft (vgl. Holz 2010: 196-209).

und die entsprechenden Interessen, Werte und Weltansichten teilen. Die Elite hingegen wird mit den Merkmalen von Gesellschaft assoziiert, die Identität und Einheit unterlaufen und damit potenziell krisenhaft sind: Individualität, Eigeninteresse, politischer und medialer Dissens. Auch die Vorstellung nicht-identischer Identität und die Figur des Dritten (Holz 2005) findet sich im rechtspopulistischen Elitenarrativ, insofern die Zugehörigkeit der Elite zum Eigenen als uneindeutig erscheint: einerseits handelt es sich bei den zur Elite gerechneten Personen in der Regel um Angehörige des eigenen Nationalstaates. Andererseits wird der Grund für das volksfeindliche Handeln der Elite darin gesehen, dass sie ihrem Wesen nach nicht zum Eigenen gehören. So charakterisiert etwa der AfD-Politiker Alexander Gauland in einem Artikel für die FAZ die »globalisierte Klasse« als eine »abgehoben[e] Parallelgesellschaft«, deren »Bindung [...] an ihr jeweiliges Heimatland schwach ist« und deren »Egoismus« die »Heimat« aufs Spiel setze (Gauland 2018c: o.S.). Donald Trump wirft seiner Gegnerin Clinton und dem politischen Establishment in Washington vor, diese seien mit »global special interests« verbündet (National Public Radio 2016). Als »Globalisten« und »Kosmopoliten« gehören die Eliten einer internationalen – genauer: anti-nationalen – Gemeinschaft an, die ihre eigenen Interessen verfolgt. Die Eliten sind innen und außen zugleich: das Außen im Innen oder der innere Feind. Ein besonders prominentes Beispiel für den uneindeutigen Status der Elite ist die sogenannte *Birther-Theorie*, die lange Zeit auch von Donald Trump propagiert und von bis zu einem Viertel der US-amerikanischen Bevölkerung geglaubt wurde (Skocpol/Williamson 2016: 77f.; Butter 2018: 211). Sie besagt, dass Barack Obama nicht in den USA geboren sei und daher auch niemals hätte Präsident werden dürfen. Die Prämisse der Birthers, wie sich die Anhänger*innen dieser Verschwörungstheorie nennen, lautet, dass jemand wie Obama, selbst wenn er als Präsident der oberste Repräsentant der Nation ist, nicht zum Eigenen gehören kann, weshalb auch die Veröffentlichung der Geburtsurkunde, zu der sich Obama schließlich genötigt sah, nichts an ihrer Überzeugung änderte. In dieser Logik ist es dann auch plausibel anzunehmen, dass

Obama noch andere »un-amerikanische« Eigenschaften haben muss und beispielsweise Kommunist oder Muslim ist.

Die globalistischen Eliten stehen nicht nur in einem uneindeutigen Verhältnis zum Eigenen, ihnen wird vor allem vorgeworfen, die Identität des Eigenen zu zerstören und das Prinzip der Identität insgesamt zu unterlaufen. Indem sie die Globalisierung, die Individualisierung und die grenzenlose Migration vorantreiben, zerstören sie die nationale Identität. Durch die Propagierung der »Gender-Ideologie« werde die Geschlechterordnung untergraben. Auch hier gibt es deutliche Übereinstimmungen mit antisemitischen Stereotypen: Im sich radikalisierenden Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts war es ein geläufiger Vorwurf, dass die Frauenemanzipation ein Werk »der Juden« sei. Jüdinnen und Juden wurden als »Geschlechterbeuger« bezeichnet; ihnen wurde nachgesagt, Geschlechteridentitäten aufzulösen und diese Uneindeutigkeit auch selbst zu verkörpern. Juden wurden häufig als effeminiert beschrieben, Jüdinnen als männlich (Stögner 2017: 141f.; AG Genderkiller 2005).

Nun wäre es sicherlich falsch, den rechtspopulistischen Elitendiskurs mit Antisemitismus gleichzusetzen, denn bei allen aufgezeigten Übereinstimmungen bleibt ein zentraler Unterschied: die Position des böartigen, identitäts- und gemeinschaftszerstörenden Über-Subjekts wird mit »der Elite« und eben nicht mit »den Juden« besetzt. Dabei ist zu beachten, dass es sich nicht nur um eine andere Gruppe, sondern um eine andere Art von Gruppe handelt. Jüdische Identität ist eine Kategorie, die von Jüdinnen und Juden als Selbstzuschreibung genutzt wird und darin zunächst einmal unabhängig von Fremdzuschreibungen ist. Die Festlegung der Zugehörigkeit zur Gruppe der Jüdinnen und Juden folgt relativ klaren Regeln. Elite hingegen ist eine Gruppenkategorie, die kaum zur Selbstbeschreibung genutzt wird und deren Bedeutung vage ist. In jedem Fall verweist sie auf soziale Machtpositionen, die in der Regel erworben werden. Elite lässt sich also schlecht ethnisieren. Während Jüdinnen und Juden eine relativ klar identifizierbare Gruppe darstellen, ist vergleichsweise offen und unbestimmt, wer zur Elite gehört und wer nicht.

Um diesen Unterschied zu markieren und dennoch auf die enge Verbindung zum Antisemitismus hinzuweisen, schlage ich vor, von einem *strukturellen Antisemitismus*¹⁷ des rechtspopulistischen Elitenbildes zu sprechen. Es lässt sich vermuten, dass es sich bei strukturell antisemitischen Deutungsmustern um Ersatzbildungen handelt, die auf den Umstand reagieren, dass manifeste Formen von Antisemitismus in weiten Teilen der Öffentlichkeit nach wie vor delegitimiert sind (Bergmann/Erb 1986). Ersatzbildung ist dabei keineswegs primär im Sinne einer bewussten Ausweichstrategie zu verstehen. Es ist nicht anzunehmen, dass ausschließlich Akteur*innen, die eigentlich antisemitisch sind oder es gerne sein wollen, auf strukturell antisemitische Diskurse zurückgreifen, um sich über einen Umweg doch noch artikulieren zu können. Viel wahrscheinlicher scheint mir, dass bestimmte gesellschaftliche und sozialpsychologische Konstellationen, auf die ich im vierten Kapitel näher eingehen werde, es gewissermaßen nahelegen und attraktiv erscheinen lassen, entsprechende Deutungsmuster aufzunehmen und der aktuellen Situation entsprechend umzuformen. Um es noch einmal anders zu sagen: gewisse gesellschaftliche und sozialpsychologische Krisenkonstellationen erzeugen offenbar ein Bedürfnis nach einem Deutungsmuster, das mit dem Antisemitismus weitgehende Übereinstimmungen aufweist – ein Bedürfnis, das dann auf ein entsprechendes tradiertes kulturelles Angebot stößt. Es können daher auch Individuen strukturell antisemitischen Deutungsmustern anhängen, die subjektiv weder Antisemit*innen sind noch es sein wollen.

Wie fließend die Übergänge zwischen strukturellem und offenem Antisemitismus sind, lässt sich an den Diskursen um George Soros illustrieren. Soros ist für die populistische und extreme Rechte zu einem zentralen Feindbild geworden. Insbesondere in Ungarn sind unter Viktor Orbán Angriffe und Anschuldigungen gegen ihn zu einer Art

17 Der Begriff des strukturellen Antisemitismus verbreitete sich um die Jahrtausendwende, als Kritiker*innen darauf aufmerksam machten, dass sich einige Protagonist*innen der globalisierungskritischen Bewegung antisemitischer Stereotype und Bilder bedienen, ohne dabei von Jüdinnen und Juden zu sprechen.

Staatsdoktrin geworden. Immer wieder wird Soros vorgeworfen, gezielt Migrationsprozesse zu fördern, um den »Bevölkerungsaustausch« voranzutreiben. So sagte etwa Orbán bei einer Wahlkampfveranstaltung 2018:

»In Europa läuft gerade ein Bevölkerungswechsel. Teilweise deswegen, damit Spekulanten, wie Soros selbst einer ist, viel Geld verdienen können. Sie möchten Europa zerstören, weil sie sich davon große Profite erhoffen. Andererseits haben sie auch ideologische Motive. Sie glauben an ein multikulturelles Europa, sie mögen das christliche Europa nicht, sie mögen die christlichen Traditionen Europas nicht, und sie mögen Christen nicht.« (Gensing 2019: o.S.)

Dass Soros von der extremen und populistischen Rechten als ein Hauptvertreter der globalistischen Elite angegriffen wird, dürfte wesentlich damit zusammenhängen, dass er Jude ist. Bei Darstellungen von Soros wird regelmäßig auf antisemitische Zuschreibungen und eine antisemitische Bildsprache zurückgegriffen. Als amerikanischer Milliardär, der aus Ungarn stammt und dort mit seinen *Open Society Foundations* zahlreiche Projekte der liberalen Zivilgesellschaft unterstützt, entspricht er zum einen den antisemitischen Stereotypen von Geld und Macht, verkörpert zum anderen den *Dritten* (Holz 2005), der (aus ungarischer Perspektive) sowohl im Eigenen verortet ist, als auch als Repräsentant des »Außen«, als ein Agent zersetzender »globalistischer Kräfte« wahrgenommen werden kann.

3.3 Vom Konservatismus zur konformistischen Revolte

Ziel des dritten Kapitels war es, grundlegende Strukturen des rechtspopulistischen Weltbildes zu rekonstruieren. Auch wenn ich zur Illustration vor allem Diskursmaterial aus dem deutschsprachigen Raum herangezogen habe, gehe ich davon aus, dass sich die drei skizzierten Muster in allen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen wiederfinden lassen: erstens, ein liberaler Rassismus, der sich mit Gesellschaft und Subjektivität identifiziert und die Fremden als Gemeinschaft von

Nicht-Subjekten imaginiert; zweitens, ein völkischer Rassismus, der das Eigene als Gemeinschaft versteht, die vom Verfall bedroht ist; drittens, ein strukturell antisemitischer Diskurs über Eliten, die in letzter Instanz für den Untergang des Eigenen verantwortlich sein sollen.

Der Rechtspopulismus hat diese Deutungsmuster nicht erfunden, sondern übernimmt sie aus der kulturellen Tradition und passt sie an die heutige Weltlage an, indem er sie modifiziert und mit neuen Elementen kombiniert. Ich habe an den entsprechenden Stellen bereits etwas zu den unterschiedlichen historischen Entstehungskontexten und Traditionen gesagt. Für ein adäquates Verständnis des Rechtspopulismus ist es jedoch hilfreich, die Entwicklung dieser Diskurse noch einmal knapp im Zusammenhang zu skizzieren.

Das Muster des liberalen Rassismus entsteht in der Epoche der kolonialen Expansion europäischer Staaten, wobei die Minderwertigkeit der Fremden in der Frühphase des Kolonialismus zunächst noch religiös begründet wird (Osterhammel/Jansen 2021: 112f.). Erst als sich dieser Diskurs im späten 17. und im 18. Jahrhundert mit den spezifisch bürgerlichen Vorstellungen von Subjektivität und einem aufklärerischen Naturverständnis verbindet, kann von einem modernen Rassismus im engeren Sinne gesprochen werden (Geulen 2004: 47-55; Geulen 2017: 32-61).

Die Figur der »Dekadenz« spielt zunächst bei Denkern der Aufklärung eine gewisse Rolle, bevor sie dann zu einem zentralen Topos der konservativen Modernekritik avanciert (Lenk 1989: 255-265; Weingart/Kroll/Bayertz 2017: 58-66). Begriff und Geschichte des Konservatismus sind jedoch verwickelt. Verglichen mit Liberalismus und Sozialismus, den anderen beiden dominanten politischen Strömungen der modernen Geschichte, hat der Konservatismus kaum eine kohärente Theorie hervorgebracht. Seine Inhalte sind in starkem Maße zeit- und situationsgebunden (Lenk 1989; Robin 2018). Der moderne Konservatismus tritt zunächst als aristokratisch-klerikale Reaktion auf die Aufklärung und die Französische Revolution auf. Er kämpft gegen Säkularismus, Rationalismus und bürgerliche Gleichheitsvorstellungen und fordert die Rückkehr zu einer mittelalterlichen Ständeordnung (Lenk 1989: 57-101). Im Gegensatz zu einem vormodernen Traditionalismus, der

hergebrachte Institutionen und Denkformen gewohnheitsmäßig reproduziert, hat der moderne Konservatismus »nicht mehr ein naives, sondern ein reflektiertes und gebrochenes Verhältnis zur überlieferten und von ihm bejahten Ordnung« (Lenk 1989: 23). Im Laufe des 19. Jahrhunderts kommt es zu Verschiebungen bei den Trägergruppen und damit teilweise auch bei den Inhalten konservativen Denkens: das einstmals revolutionäre Bürgertum wird, wo es sich erfolgreich etabliert hat, selbst konservativ. Der bürgerliche Konservatismus ist staatstragend, konformistisch in seiner Identifikation mit dem Bestehenden und autoritär in seiner Bereitschaft, Herrschaft zu stützen und auszuüben. Seine Hochphase erlebt er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als es darum geht, die bürgerliche Ordnung gegen die sich formierende Arbeiter*innenbewegung zu verteidigen.

In dieser Epoche kommt dem kolonialen und liberalen Rassismus nach wie vor eine zentrale Bedeutung zu, da etablierte Kolonialmächte wie das britische Empire ihre Macht ausbauen und andere europäische Mächte nach neuem kolonialen Besitz streben (Osterhammel/Jansen 2021: 40-42). Vor dem Hintergrund sich ausweitender ökonomischer Krisenerscheinungen und imperialistischer Staatenkonkurrenz kommen jedoch auch neue Formen von Nationalismus und Rassismus zum Tragen. »Gemeinschaft« und »Dekadenz«, die zentralen Motive der konservativen Modernekritik, werden biologisiert. Der völkische und sozialdarwinistische Rassismus postuliert einen Überlebenskampf zwischen Individuen, Völkern und Rassen und beschwört die Gefahren der »Degeneration«. Ein biopolitischer Rassismus wendet objektivierende und naturalisierende Kategorien nicht mehr nur auf die Fremden, sondern auf das Eigene an, das einerseits vor der Degeneration durch Rassenmischung und schädliche Einflüsse geschützt, andererseits durch gezielte Maßnahmen gestärkt und verbessert werden soll (Foucault 1999; Geulen 2004; Weingart/Kroll/Bayertz 2017: 66-187).

Gleichzeitig gewinnt der Antisemitismus, der einen zersetzenden Einfluss »der Juden« auf alle Völker behauptet, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts enorm an Einfluss (Weyand 2016). Obwohl auch der Antisemitismus oftmals – und insbesondere in der NS-Ideologie – in der Sprache des Rassismus artikuliert wird, handelt es sich bei ihm,

wie eben schon ausgeführt, nicht um eine weitere Variante der Fremdrassifizierung, sondern um ein Feindbild, das sich komplementär zum Nationalismus und zur Selbststrassifizierung verhält. »Die Juden« stehen im Antisemitismus für das Prinzip, das die Integration und Identität als Rasse, Volk und Nation verhindert (Holz 2010).

Spätestens nach der Oktoberrevolution und dem Ende des ersten Weltkrieges, der zum Zusammenbruch der alten europäischen Ordnung führt, lässt sich eine Transformation des konservativen Denkens beobachten. Angesichts massiver politischer Umwälzungen und sich zuspitzender ökonomischer Krisen wird sein positiver Bezug auf die bestehenden Verhältnisse brüchig. Besonders in Deutschland wurde die nach dem Ende des Kaiserreichs ausgerufene parlamentarische Demokratie von rechten Kräften massiv bekämpft. Aus dem Konservatismus, der sich vormals auf die Absicherung von Herrschaft konzentriert hatte, gingen verschiedene Bewegungen hervor, die sich als revolutionär verstanden. Es entstand die »paradoxe Situation, daß ›revolutionäre‹ Konservative den politischen status quo ablehnten, um nach einer neuen ständestaatlichen Ordnung Ausschau zu halten.« (Lenk 1989: 107) Bei allen Unterschieden in der inhaltlichen Ausrichtung war die revoltierende, gegen das System gerichtete Haltung das verbindende Element dieser Strömungen. »An die Stelle des bloßen Bewahrenwollens trat nun die dezisionistische Platzierung ›neuer‹ politischer Mythen (Barbarossastraum, Drittes Reich, Nation aller Deutschen, Neues Mittelalter usw.).« (ebd.: 109) Die Krisendynamik des Konservatismus mündet im Faschismus und radikalisiert sich im Nationalsozialismus zum »Erlösungsantisemitismus« (Friedländer 2007: 13), der durch die Ermordung aller Jüdinnen und Juden die rassistische Volksgemeinschaft von der Negativität der bürgerlichen Gesellschaft zu befreien versucht. Moishe Postone notiert: »Auschwitz, nicht die ›Machtergreifung‹ 1933, war die wirkliche ›Deutsche Revolution‹ – die wirkliche Schein-›Umwälzung‹ der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren.« (Postone 2005: 193)

Im fordistisch reorganisierten Nachkriegskapitalismus versöhnt sich ein abermals gewandelter Konservatismus weitgehend mit der

parlamentarischen Demokratie und büßt teilweise seinen politischen Charakter ein. Konservative Intellektuelle beschränken sich auf Kulturkritik, während die konservative Politik dazu übergeht, mit technokratischem Pragmatismus die neue Ordnung zu verwalten. Es etabliert sich ein bürgerlicher Konservatismus als staatstragende Macht. Seit dem Ende der fordistischen Prosperitätsphase, das häufig auf die Ölpreiskrise 1973 datiert wird, ist die kapitalistische Weltgesellschaft in eine Phase neuer Krisen eingetreten (Demirović et al. 2011). Die ökonomische Krisenentwicklung hat mit der globalen Finanzkrise von 2007/2008, den auf sie folgenden Währungs- und Staatsschuldenkrisen und der zu deren Bekämpfung durchgesetzten Austeritätspolitik einen vorläufigen Höhepunkt erreicht (Tooze 2019). Hinzu gekommen sind die immer deutlicher sichtbaren Auswirkungen der Klimakrise, die neuen Kriegs- und Krisenherde im globalen Süden und im arabischen Raum, die zunehmende Fluchtmigration und zuletzt die globale Corona-Pandemie. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden die Aktualisierung rassistischer und (strukturell) antisemitischer Mythen durch den Rechtspopulismus als eine Form der Krisenverarbeitung und als zeitgenössische Variante der konformistischen Revolte¹⁸ begriffen werden.

18 Max Horkheimer verwendet den Ausdruck *konformistische Revolte* in einer Notiz, um den Antisemitismus zu charakterisieren (Horkheimer 1974: 164). Wie deutlich werden wird, eignet sich der Begriff darüber hinaus, um den dynamischen Gesamtkomplex rassistischer und (strukturell) antisemitischer Mythen und die sozialpsychologische Dynamik des bürgerlichen Subjekts in der Krise zu fassen.